

POLIZEI REPORT

G 46983

Nr. 46

Juni 2012



**BEZIRKSGRUPPEN SÜDOSTHESSEN UND OSTHESSEN IN DER
GEWERKSCHAFT DER POLIZEI, POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V.
UND DER PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN**

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen der Gewerkschaft der Polizei und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg, PAST Langenselbold, PAST Bad Hersfeld, PAST Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

A. Jochum, St. Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Jörg Schumacher
Pestalozzistraße 13, 63179 Oberthausen

GdP BZG Osthessen

V.i.S.d.P. Ewald Gerck, Rehweg 2, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort:		“Früher war ich müde! Heute bin ich fertig!”	
	Seite 5		Seite 35
BZG Südosthessen: Die Personalratswahlen sind geschafft!		GdP Hersfeld-Rotenburg auf Jungfernfahrt	
	Seite 7		Seite 39
BZG Osthessen: Personalratswahlen 2012 - erfolgreiche GdP		Vereine für Sicherheit in Fußballstadien in die Pflicht nehmen	
	Seite 9		Seite 40
KG Offenbach: Jahreshauptversammlung mit vielen Ehrungen		KG Main-Kinzig: Herbstausflug nach Bamberg	
	Seite 13	Markus Hüschenthat hat geheiratet	Seite 43
PP Osthessen: Generationswechsel im Personalrat		Tag der offenen Tür bei der PD Vogelsberg	
	Seite 15		Seite 44
KG Main-Kinzig: Jahreshauptversammlung im Tümpelgarten		PP Osthessen: Burnout - was nun?	Seite 47
	Seite 17	Günter Schneider in den Ruhestand verabschiedet	Seite 49
BZG Osthessen: Thomas Scheunert und Adelbert Steinberg aus dem Personalrat verabschiedet		Bundesverdienstkreuz für Rudolf Dippel	
	Seite 21		Seite 50
Aktuelle Themen mit Innenminister beraten			
	Seite 22		
Gelungenes Schießfest der PSt Bad Hersfeld			
	Seite 25		
Aufstand der Ordnungshüter			
	Seite 26		
Die Hessische Polizeistiftung			
	Seite 31		
KG Vogelsberg: Einladung zum Sommerfest			
	Seite 32		

Erinnerungsfoto zur konstituierenden HPR-Sitzung am Montag, den 11. 06.2012

v.l.: Ralf Humpf (HLKA/GdP), Jörg Schumacher (PP SOH/GdP), Koll. Bathke, Koll. Geiss, Wolfgang Link (PP Ffm/GdP), Ewald Gerck (PP OH/GdP), Koll. Smolka, Koll. Sayar, Koll. Langsdorf, Koll. Stein, Jens Mohrherr (HPR-Vorsitzender/GdP), Peter Wittig (PP WH/GdP), Marianne Diefenthaler (PP Ffm/GdP), Bernd Petri (PTLV/GdP), Heike Monk (PP MH/GdP), Jörg Bruchmüller (PP NH/GdP) und Michael Schweikert (PP SH/GdP).

Vorwort

Liebe Kolleginnen,

Liebe Kollegen,

einen großen Brocken haben wir erst einmal hinter uns, nämlich die Personalratswahlen, die die GdP souverän gewonnen hat. Wir haben bei jedem Personalbewirtschafter im PR die Mehrheit und stellen die/den Vorsitzenden. Die genauen Ergebnisse mit Prozentzahlen etc. entnehmt bitte nachfolgenden Artikeln, Aushängen oder unserer Homepage.

Ein Dankeschön allen unseren Wählerinnen und Wählern, aber auch denen, die in Wahlvorständen gearbeitet und geholfen haben und für die geordnete Durchführung der Wahl gesorgt haben. Das Ergebnis ist für unsere Aktiven in den Personalräten und GdP-Vorständen Ansporn für die weitere Arbeit.

Wir dürfen nicht vergessen, dass es eine neue Beihilfe-Verordnung geben wird. Wir müssen dafür sorgen, dass es hierdurch keine weiteren finanziellen Einbußen für die Polizeibesetzten gibt. Dies darf aber auch nicht aus den weiteren Vorschriften des DRModG II erwachsen. Aber mit diesem Wählervotum im Rücken können wir den politisch Verantwortlichen noch selbst bewusster entgegen treten. Erste Verhandlungen zu den Themen DUZ, Leichengeld, Zusatzurlaub, Beihilfe und Fortführung des Stellenhebungsprogramms fanden am 14. Mai 2012 zwischen geschäftsführendem Landesbezirksvorstand und Innenminister Boris Rhein und Landespolizeipräsident Udo Münch statt. Hier liest man oft den Spruch „Das Gespräch fand in angenehmer Atmosphäre statt“. In diesem Fall stimmte das auch.

Offen, und ohne die Gegenseite überfordern zu wollen, wurden die Themen ohne Zeitdruck diskutiert. Klar ist, dass die Forderungen der GdP erst einmal im HMdl berechnet werden müssen, bevor es dann in die nächste Gesprächsrunde gehen kann. Kommen wir dort zu einem gemeinsamen Ergebnis, muss Innenminister Rhein dieses erst einmal mit dem Finanzminister abstimmen. Damit ist aber auch klar, dass hier nicht mit schnellen Erfolgen innerhalb von vier Wochen zu rechnen ist, sondern sich hier Ergebnisse erst nach einigen Monaten erzielen lassen. Hier braucht es Geduld und Hartnäckigkeit. Wir sind aber optimistisch, dass diese Verhandlungen mit dem Innenminister auch teilweise zu Erfolgen führen.

Aber hier ist auch Euer aller Unterstützung gefordert, sei es durch Anregungen, konstruktive Kritik oder Teilnahme an Protestveranstaltungen. Denn die GdP sind wir alle und nur gemeinsam sind wir stark.

In diesem Sinne - bis zur nächsten Ausgabe

Euer



Jörg Schumacher
BZG-Südosthessen



Ewald Gerke
BZG-Osthessen

Die Personalratswahlen sind geschafft!

Auch wenn der Wahlvorstand das Ergebnis im Einzelnen veröffentlicht, möchte ich Euch das Personalratswahlergebnis beim Polizeipräsidium Südosthessen an dieser Stelle nochmals darstellen.

Bei einer noch zufriedenstellenden Wahlbeteiligung von insgesamt 60,17%, und dass nicht einmal alle GdP-Mitglieder uns unterstützt haben, kam folgende Stimmenverteilung zustande:

Für den örtlichen Personalrat:

Arbeitnehmer: abgegebene gültige Stimmen: 153. Davon entfielen auf die Liste der GdP 143 Stimmen (93,46%), auf die Liste des BDK 10 Stimmen (6,54%). Die DPolG hatte keine Arbeitnehmerliste aufgestellt.

Beamte: abgegebene gültige Stimmen 863. Davon entfielen auf die Liste der GdP 618 Stimmen (71,6%), auf die Liste des BDK 110 Stimmen (12,8%) und auf die Liste DPolG 135 Stimmen (15,6%).

Daraus ergibt sich folgende Sitzverteilung bei 10 Beamten- und 3 Arbeitnehmersitzen:

- 1 GdP - 10 Sitze (7 der Beamten und alle 3 der Arbeitnehmer),
- 1 BDK - 1 Beamten- und 1 Arbeitnehmersitz
- 1 DPolG: - 2 Beamtensitze.

Demzufolge sind folgende Kolleginnen und Kollegen der GdP-Liste gewählt:

Margit Griesling,

Ulrike Claus,

Günter Sabietzki,

Ute Huber,

Alexandra Geis,

Rudolf Ott (Freistellung),

Thomas Heberer (Freistellung),

Peter Happ,

Jörg Schumacher (0,5 Freistellung) und

Markus Hüschenbett (0,5 Freistellung).

Hier ergeben sich allerdings – zumindest vorübergehend – bei der Wahrnehmung der Mandate schon jetzt einige Änderungen, die bei Listenaufstellung noch nicht bekannt waren. Ute Huber ist für zwei Jahre abgeordnet zum HBP/Flugbereitschaft und die als Nachrückerin vorgesehene Tina Sauer wird demnächst in Mutterschutz und Elternzeit gehen, so dass die Kollegin Sabine Spangenberg für diesen absehbaren Zeitraum das Mandat wahrnehmen wird.



Auszählung.

Für den Hauptpersonalrat sieht die Stimmverteilung wie folgt aus:

Arbeitnehmer: 151 abgegebene gültige Stimmen. Davon entfielen auf die Liste der **GdP 122**, auf die Liste der DPolG 21 und den BDK 8 Stimmen.

Beamte: 852 abgegebene gültige Stimmen. Davon erhielt die **GdP 632**, der BDK 120 und die DPolG 100 Stimmen. Das Gesamtergebnis für den HPR ist an anderer Stelle nachzulesen.

Trotz der Wahlbeteiligung kann die GdP Süd-Ost mit diesem Ergebnis zufrieden sein.

Deshalb möchten wir an dieser Stelle allen unseren Wählerinnen und Wählern ein herzliches Dankeschön sagen. Die GdP-Vertreter im neuen Personalrat werden alles daran setzen, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Arbeit ist genug da. Wofür wir uns sonst noch einsetzen wollen, haben wir euch vor den Wahlen bereits mitgeteilt. Diese Ankündigungen wollen wir auch in die Tat umsetzen.

Jörg Schumacher

Mit einer starken GdP auf Erfolgskurs

Personalratswahlen 2012 – erfolgreiche GdP

Zum vierten Male fanden im Polizeipräsidium Osthessen Personalratswahlen statt. An fünf Tagen hatten die Beschäftigten die Möglichkeit, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Gewählt wurden die Mitglieder für den örtlichen Personalrat sowie für den Hauptpersonalrat.

Im Vorfeld hatten Kreisgruppen und die Bezirksgruppe ihre Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Besonderes Augenmerk galt auch diesmal dem Ziel für eine ausgewogene GdP-Liste. Diese sollte so aufgestellt sein, dass möglichst alle Bereiche im neuen Personalrat vertreten sind. Unsere Listen erfüllen diesen hohen Anspruch.

Erfreulicherweise sind genügend kompetente Mitglieder vorhanden, die für die GdP-Kandidatur bereit standen.

Aber es gab auch Veränderungen auf der GdP-Beamtenliste. Der langjährige Vorsitzende Thomas Scheunert trat nicht mehr an. Er war elf Jahre Personalratsvorsitzender in Osthessen und seit dem Start des PP auch im Personalrat. Auch Adelbert Steinberg, der ebenso lang stellvertretender PR-Vorsitzender war, trat aus Altersgründen nicht mehr an.

Hohe Wahlbeteiligung in Osthessen

Fast 65 Prozent unserer Beschäftigten gingen zur Wahl. Insgesamt war die Teilnahme geringer als vor vier Jahren. Dies ist auf Landesebene aber dennoch ein absolutes Spitzenresultat! Es zeigt auch auf, dass die Beschäftigten einen Personalrat wollen, welcher ihre Interessen vertritt.

Die Auswirkungen des vor acht Jahren geänderten Personalvertretungsrechts und die damit einhergehende Verschlechterung bei der Anzahl der wenigen Freistellungen wirkt sich insbesondere in der Betreuung der Beschäftigten auf ihren Dienststellen aus. Viele Kolleginnen und Kollegen bemängeln tagein

Verteilung der Personalratssitze



Wir bedanken uns bei allen unseren Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen!

und tagaus, dass sie nur noch selten Personalratsvertreter auf ihrer Dienststelle sehen und mit ihnen vor Ort sprechen können.

Man konnte auch bei dieser Personalratswahl die Vermutung anstellen, dass durch die Mobbing-Skandale, schlechte Führungskultur, beabsichtigten Verschlechterung bei der Beihilfe, schlechte Aufstiegschancen etc. die Beschäftigten vor lauter Frust erst gar nicht mehr zu den Personalratswahlen gehen **„Wozu brauche ich denn noch einen Personalrat?“**

Die passende Antwort haben die Beschäftigten mit ihrem Urnengang gegeben! Eine Wahlbeteiligung von annähernd 65 Prozent ist nicht allgegenwärtig. Die Auswertung des Wählerverhaltens in der Gruppe der Arbeitnehmer war mit etwa 77 Prozent höher als in der Gruppe der Beamten.

Von einer solch hohen Wahlbeteiligung können die politischen Parteien nur träumen. Immer weniger Wähler nutzen ihr Wahlrecht bei

Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen. Dies liegt nicht an Wahlmüdigkeit, sondern an dem Verdruss, wie die Politik mit Wählerinteressen umgeht. Nicht umsonst ist das Vertrauen der Wähler in die Vertreter der Parteien so dramatisch gesunken. Glaubwürdigkeit erlangen die Spitzenpolitiker praktisch überhaupt nicht mehr.

GdP-Erfolg

Neben der hohen Wahlbeteiligung ist das Ergebnis der osthessischen GdP ganz besonders erfreulich. Von elf Sitzen entfielen acht Mandate auf die GdP!

Dieses Ergebnis würdigt auch die Arbeit des alten Personalrats. Diese war weiß Gott nicht einfach. Von Seiten der Dienststelle sind immer noch nicht die notwendigen Vereinbarungen, die durch PP Sauer vor Jahren grundlos aufgekündigt wurden, wieder abgeschlossen.

Obwohl wir mit dem derzeitigen Polizeipräsidenten Alfons Hoff einen fairen Verhandlungspartner haben, sehen wir als GdP den Abschluss dieser Regelungen als erforderlich an. Auch die in den letzten Monaten erarbeitete Vorlagen für ein Personalentwicklungskonzept, eine angepasste Dienstpostenbewertung und eine überarbeitete Beurteilungsrichtlinie werden wir konstruktiv kritisch im Sinne der Chancengleichheit für alle Beschäftigten behandeln.

Unsere Wähler haben Vertrauen in ihre GdP und wissen wofür die Personalratsmitglieder, die der GdP angehören in den kommenden vier Jahren eintreten! All denen, die ein anderes Ergebnis erhofft hatten, haben die GdP-Wähler eine Quittung verpasst.

In diesem Sinne wird auch der neue Personalrat für die Interessen unserer Beschäftigten eintreten. Wir erfüllen die Personalratsarbeit nicht zum Selbstzweck. Nein, unser Fokus ist wie bisher auf die Belange und zum Wohle unserer Beschäftigten gerichtet. Wir passen uns nicht an. Wir werden all unsere Möglichkeiten nutzen. Wir werden die anprangern, die gegen die Interessen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter handeln. Uns allen ist klar, dass wir uns damit nicht nur Freunde schaffen werden. Dieses Risiko war aber allen unseren Kandidatinnen und Kandidaten vorher bewusst.

GdP-Personalratsvertreter

Neben den stimmberechtigten GdP-Vertretern im Personalrat werden in den Personalratssitzungen regelmäßig Gewerkschaftsbeauftragte der Bezirksgruppe Osthessen Eure Interesse vertreten. Damit lösen wir unser Versprechen ein, dass möglichst jeder Bereich bei den Personalratssitzungen vertreten ist.

Uns allen wünsche ich für die kommenden Aufgaben im Personalrat viel Erfolg. Letztendlich profitieren ALLE im PP Osthessen von zufriedenen und motivierten Beschäftigten.

Ewald Gerke
BZG-Vorsitzender

Die GdP-Vertreter im Personalrat sind:



Karsten Bech war DGL bei der PAST Petersberg und ist jetzt neuer Personalratsvorsitzender.



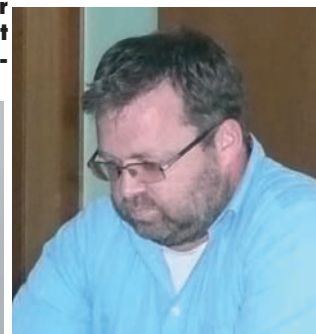
Conny Jehnert versieht ihren Dienst bei der DEG der Pst Fulda.



Wolfgang Denke-Otterbein versieht seinen Dienst bei Z1-Außenstelle Alsfeld und hat seit dieser Wahlperiode eine halbe Freistellung.



Alexandra Stehr-Kröll, Pst Lauterbach, ist Tarifvertreterin.



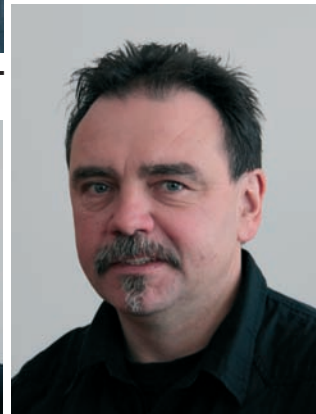
Martin Mohr versieht seinen Dienst bei der PSt Bad Hersfeld im Schichtdienst.



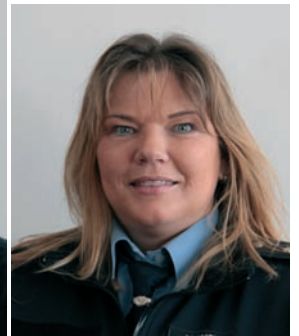
Ruth Steinberg, Pst Bad Hersfeld, ist Tarifvertreterin und hat eine halbe Freistellung.



Bernhard Kriz ist Angestellter bei V 35.



Manfred Schäfer ist Kriminalbeamter und versieht seinen Dienst bei der RKI Fulda.



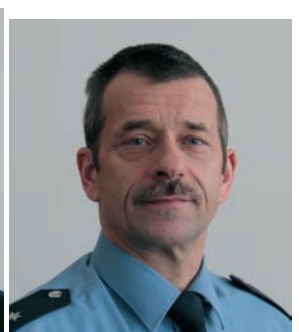
Esther Jaekel, DEL'in bei der PAST Bad Hersfeld ist Nachrückerin auf der Frauenliste.



Manfred Knoch, FÜGru/PÖA Bad Hersfeld ist erster Nachrücker auf der Männerliste.



GdP-Bezirksgruppenvorsitzender Ewald Gerke ist Gewerkschaftsvertreter im Personalrat und stv. HPR-Vorsitzender.



Frank Diener, Schichtdienstbeamter bei der PAST Bad Hersfeld ist GdP-Gewerkschaftsvertreter im PR.



Jahreshauptversammlung mit vielen Ehrungen

Am 11. Mai 2012 konnte sich der KG-Vorsitzende Jörg Schumacher über ein volles Haus freuen. Die Bestuhlung musste erweitert werden damit alle erschienenen Mitglieder auch Platz fanden. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden und Gedenken an die verstorbenen Kolleginnen und Kollegen ging es gleich an den Rechenschaftsbericht über das vergangene Jahr.

Neben den Vorbereitungen der Personalratswahl 2012 waren Schwerpunkte die Arbeit des Kreisgruppenvorstandes – zum Teil in Zusammenarbeit mit dem Personalrat:

- I die behördeninternen Beurteilungs- und Beförderungsrichtlinien (die Castings sind mittlerweile bis auf Ausnahmefälle abgeschafft),
- I der Einsatz beim Landesbezirk zur Erhöhung des DuZ, Leihengeldes, als auch des Zusatzurlaubs für Schichtdienstleistende.

Dies wurde alles an den Innenminister Rhein bereits herangetragen und bleibt Thema für die nächsten Gespräche.



Gruppenfoto der anwesenden Jubilare mit KG- und Landesvorsitzenden.

Die Weiterführung des Stellenhebungsprogramms, dem Minister unterbreitet. Ein Dauerthema, mit dem sich die Kreisgruppe aber auch die Bezirksgruppe, beschäftigen, ist das nicht ausreichende Personal im PP SOH. Hier wurden Gespräche mit den politischen Verantwortlichen geführt. Im Beamtenbereich haben sich dadurch schon Besserungen gezeigt, im Tarifbereich, insbesondere der Verwaltung, gibt es noch großen Nachholbedarf. Dieses Thema bleibt also auch weiterhin Auftrag der 666

Peter Heller und Klaus-Peter Pfeiffer, die sich seit Jahrzehnten im Vorstand der Kreisgruppe und als Vertrauensleute auf ihren Dienststellen für die GdP einsetzen und nun kurz vor bzw. hinter der Schwelle des Ruhestandes stehen.

Dann stand noch die Nachwahl für den Posten des stellvertretenden Kreisgruppenvorsitzenden an, da Matthias Schack von diesem aus persönlichen Gründen zurückgetreten war. Einstimmig gewählt wurde Stefan Wagner aus dem Schichtdienst der PSt Heusenstamm.

In Vertretung des Kassierers 'Henry' Wahl trug dessen Stellvertreterin Ulrike Claus den Kassenbericht vor, der, wie immer, positiv ausfiel. Dies und eine gute Buchführung wurden laut Roland Knecht auch von den Kassenprüfern bescheinigt.

Die Grüße des urlaubenden Behördenleiters überbrachte der neue Leiter der Abteilung Einsatz, LPD Alexander König, der, als GdP-Mitglied in der Kreisgruppe herzlich Willkommen geheißen wurde und vom Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller gleich für 40 Jahre GdP-Mitgliedschaft geehrt werden konnte.

Dies war gleich die passende Überleitung zur Ehrung der GdP-Jubilare, von denen es in diesem Jahr viele gab.



Blick in den Veranstaltungsraum.

Da auch die Beförderungs- und Höhergruppierungssituation beim PP SOH mehr als bescheiden ist, muss sich hier etwas tun. Der geschäftsführende Landesvorstand, dem auch unser Kreisgruppenvorsitzender angehört, hat dies, allerdings für ganz Hessen, als Forde-

Kreisgruppenmitglieder.

Am Ende seines Rechenschaftsberichtes bedankte sich Jörg Schumacher bei allen, die aktiv für die GdP gearbeitet haben. Ein besonderes Dankeschön, verbunden mit einem kleinen Präsent, gab es für



Kreisgruppenvorsitzender Jörg Schumacher bei seiner Laudation zu Klaus-Peter Pfeiffer und Peter Heller.

Besonders herzlich geehrt wurden für 60 Jahre Gewerkschaftstreue unser **Günter Klotzek** und für 50 Jahre **Wilhelm Eichhorn**. So alt sind einige der nachfolgende Jubilare noch nicht einmal. Für 40 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit wurden geehrt:

Martin Brähler, Siegfried Fröhlich (der dankenswerter Weise den Vorsitz des Wahlvorstandes der PR-Wahl übernommen hat), **Roland Geyer, Peter Heller, Arno Kochwasser, Rudolf Sattler, Willi**

Sperzel, Alexander König und Werner Oberschelp.

Für 25 Jahre Treue **Simone Beierl, Michael Böres, Heinz-Jürgen Knoch, Michael Köllisch, Peter Lesch, Uwe Maurer, Michael Naase, Roland Rieder, Heike und Björn Siebert, Klaus Simon, Sabine Stefani, Roland Wacker und Kirsten Wessel.**

Allen noch mal einen herzlichen Dank und Glückwunsch.

Den Abschluss des offiziellen Teiles bildete der gewerkschaftspolitische Bericht unseres Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller der die Anwesenden wie immer begeisterte. Sein Vortrag endete mit dem eindringlichen Appell an alle Polizeibeschäftigten ihre Stimme bei den PR-Wahlen abzugeben, denn wir müssen den Politikern unsere Geschlossenheit zeigen und dann auch unsere Entschlossenheit, dass wir weitere Kürzungen nicht mehr hinnehmen wollen.

Das Beispiel sind hier die Entwürfe einer neuen Beihilfeverordnung. Die GdP, und nur diese, konnte bis jetzt die geplanten Verschlechterungen abwenden.

Alles in allem war diese Jahreshauptversammlung eine sehr gelungene Veranstaltung, die mit vielen Gesprächen beim und nach dem Mittagessen im Innenhof des Bürgerhauses in Obertshausen ihren Abschluss fand.

Jörg Schumacher
Kreisgruppe Offenbach

Kreisgruppe Main-Kinzig

Kreisgruppe spendet "Vitamine in ovaler Form" für das D-Schichten-Turnier

Am 07.05.2012 fand das **D-Schichten-Fußballturnier in Hasselroth-Niedermittlau** statt. Ausrichter des Turniers war die **DG -D- der PSt Maintal**.

Um die Plätze spielten 10 Mannschaften des PP SOH. Die PSt Dietzenbach gewann das Turnier und verwies die RKI-Main Kinzig, die PSt Langen und die PSt Neu Isenburg auf die Plätze.

Zu den Preisen für Podestplatz 1 bis 3 wurden von der KG Main-Kinzig, durch Thorsten (Toaster) Pfeiffer noch drei gutgefüllte Vitaminspender, in Form von Rhöner Schwartemagen, beige-steuert.



Die Siegerehrung wurde vom Leiter der RKI-Main Kinzig (KOR Reehs) und dem Leiter der Abteilung E, Herrn LPD König durchgeführt.

Zu erwähnen wäre noch, dass die Mannschaft der PSt Langenselbold als „Sieger der Herzen“ gekürt wurde. Die PSt'ler spielten ausschließlich mit Kollegen/-innen der DG-D- und kurbelten den Konsum der isotonischen Kaltgetränke an.

Ein Dank sei auch an die DG -D- der PSt Maintal gerichtet, welche logistisch hervorragend aufgestellt war.

Thorsten Pfeiffer
BZG-Vorsitzender

Generationswechsel im osthessischen Personalrat

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für das mir in der Personalratswahl 2012 geschenkte Vertrauen möchte ich mich herzlich bedanken. In wenigen Zeilen möchte ich meinen bisherigen dienstlichen Wertegang darstellen und meine persönlichen Vorstellungen und Ziele der künftigen Personalratstätigkeit erläutern.

Nach meiner Einstellung 1983 durchlief ich, wie viele andere Kolleginnen und Kollegen, den klassischen Weg der Polizei. Nach dem HAL kam ich zur Bereitschaftspolizei Hanau und anschließend in den polizeilichen Einzeldienst nach Frankfurt am Main.

1993 wurde ich zur Polizeiauto-bahnstation Bad Hersfeld und zwei Jahre später zur die Polizeiauto-bahnstation Petersberg. Hier versah ich Dienst als Dienstgruppenleiter Schichtdienst.

Personalrätlich konnte ich in den zurückliegenden Jahren bereits Erfahrungen sammeln. So war ich von 1995-1997 stellvertretender Vorsitzender im ehemaligen Personalrat der PAST Petersberg. Nach Gründung des HPVKA war ich Mitglied im Direktionspersonalrat der damaligen 11 Polizeiautobahnstationen. Seit Bestehen des PP Osthessen gehöre ich dem Personalrat an und wurde mit Beginn der neuen Wahl-



Karsten Bech ist neuer Personalratsvorsitzender beim PP Osthessen.

periode zum Personalratsvorsitzen- den gewählt.

Für meine Personalratstätigkeit stelle ich mir ein faires und offenes Verhältnis mit euch, den Beschäftigten und auch mit der Behördenlei- tung vor.

Natürlich ist auch mir klar, dass bei schmalen Haushaltsmitteln mit wenigen Höhergruppierungen und Beförderungsmöglichkeiten nicht immer alle zufrieden sein werden. Kann man jedoch ein objektiv nachvollziehbares und transparentes Verfahren vorweisen, wird auch die

Akzeptanz für die Entscheidungen steigen.

Menschen wollen fair behandelt werden! Dies spiegelt sich nicht zu- letzt im persönlichen Umgang und der Wertschätzung wieder. Berufszufriedenheit gehört zu einer professionellen Berufsausübung dazu.

Nur wenn ich mit Spaß an mei- nem Arbeitsplatz erscheine, bin ich positiv motiviert und versehe gerne meinen Dienst.

Um gute Voraussetzungen für ein erfolgreiches Zusammenarbeiten zu schaffen bin ich angetreten und werde dies gemeinsam mit dem neuen Personalrat angehen.

Die Tür des Personalratsbüros steht für Euch immer offen. Ich freue mich schon auf die vielen Gesprä- che. Nörgeln und Schimpfen im Hintergrund nutzt niemandem, wenn wir die Probleme lösen wollen.

Ich hoffe, dass Stärke nun auch Stimme hat.

Mit kollegialem Gruß
Karsten Bech

EU-Führerscheintourismus

Gerichte dürfen im Ausland ermitteln

Führerscheine eines EU-Landes sind grundsätzlich von den anderen Mitgliedstaaten anzuerkennen. Eine Ausnahme besteht allerdings dann, wenn der Führer- scheininhaber seinen ordentlichen Wohnsitz nicht im Ausstellerstaat hatte. Als ordentlicher Wohnsitz gilt der Ort, an dem ein Führerscheininhaber wegen persönlicher oder beruflicher Bindungen gewöhnlich wohnt, das heißt an mindestens 185 Tagen im Kalenderjahr.

Darüber, ob das Wohnsitzerfor- dernis im Einzelfall erfüllt ist, dürfen die nationalen Behörden und Ge- richte bei dem Ausstellerstaat Infor- mationen einholen.

Oberverwaltungsgericht Nord- rhein-Westfalen, Urteil vom 22. Februar 2012 - 16 A 1529/09

Mit einer starken GDP auf Erfolgskurs

Beamtenrecht

Urlaubsabgeltung bei Krankheit

Bei Eintritt in den Ruhestand hat ein Beamter Anspruch auf eine finanzielle Vergütung, wenn er seinen Anspruch auf bezahlten Mindest- jahresurlaub von vier Wochen aus Krankheitsgründen ganz oder zum Teil nicht ausüben konnte. Für et- waige Ansprüche auf zusätzlichen bezahlten Urlaub kann jedoch die nationale Regelung die Zahlung ei- ner finanziellen Vergütung aus- schließen.

Europäischer Gerichtshof, Urteil vom 3. Mai 2012 - C-337/10

Jahreshauptversammlung im Tümpelgarten

Traditionell gut besucht war die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Main-Kinzig. Als Ehrengäste konnte im Nachbarschaftshaus „Tümpelgarten“ der Vorsitzende, Peter Happ, unter anderem Herrn Polizeipräsident Roland Ullmann und Herrn Hans Knapp, der Direktor der PD Main-Kinzig, begrüßen. Da es sich um die 10. Jahreshauptversammlung der noch jungen Kreisgruppe Main-Kinzig handelte, die sich seinerzeit nach der Neuorganisation der hessischen Polizei aus den damaligen Kreisgruppen Hanau, Gelnhausen/Bad Orb und Schlüchtern gebildet hatte, nutzte Peter Happ in seinem Bericht die Gelegenheit für einen kurzen Rückblick.



Prall gefüllter Tümpelgarten.



Der Vorstand lauscht den Rednern.



Rudi Ott berichtete aus dem Personalrat.

Die Bildung des PP Südosthessen aus den dem ehemaligen PP Offenbach und der PD Hanau sei damals von Kritikern mit Blick auf die jeweilige personelle Ausstattung und Aufklärungsquote als ein Zusammenschluss von „Not und Elend“, bezeichnet worden. Die Anfangsjahre der jungen, von vielen ungeliebten Organisation, waren geprägt von erheblichen Meinungsverschiedenheiten und Spannungen zwischen der nördlichen und südlichen Mainseite. Nach Ansicht zahlreicher Kollegen/-innen aus dem Main-Kinzig-Kreis verhielten sich die neuen „Statthalter“ aus Offenbach anfangs wie in einem „Selbstbedie-

nungsladen“. Viel Arbeit für die junge Kreisgruppe. Mit aller Kraft setzte man sich damals für die Belange der Kollegen/-innen ein, die vor allem über schlechte personelle Ausstattung und Perspektivenlosigkeit klagten. Gekämpft wurde von beiden Seiten mit harten Bandagen, oft bis an die Grenzen des Erlaubten.

Heute, führte Happ weiter aus, sei die Personalausstattung zwar immer verbesserungswürdig, die Zeiten aber vorbei, in denen Führungsfunktionen im Main-Kinzig-Kreis per „Handauflegen“ an Bewerber aus anderen Direktionen vergeben werden. Von größter Bedeutung sei es jedoch, dass das Gesprächsklima mit der Behördenlei-

tung, trotz der zum Teil bestehenden Meinungsverschiedenheiten, heute als uneingeschränkt gut bezeichnet werden kann. Gemeinsam habe man so in den zurückliegenden Monaten beispielsweise nicht unerhebliche Erfolge bei dem Bestreben nach einer besseren Personalausstattung erreicht. In seinem weiteren Rechenschaftsbericht ging Happ unter anderem auf das große Engagement der Kreisgruppe im Zusammenhang mit der Postkartenaktion und dem Bestreben auf Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung ein. Die zahlreichen gesellschaftlichen Aktivitäten, wie beispielsweise der traditionelle Herbstausflug oder die Seniorenweihnachtsfeier waren ebenso Be-



Unsere Gastredner: PP Ullmann, PD-Leiter Hans Knapp, Lothar Hölzgen und Jörg Schumacher vom GdP-Landesvorstand.



Bernhard Langer war für die Polizeisozialhilfe e.V. da.

standteil des Berichtes, wie der Hinweis auf die zahlreich gewährten Rechtsschutz- oder Regressangelegenheiten. Herzlich bedankte sich Peter Happ bei den anwesenden Mitgliedern der Ordnungspolizei, die sich erfolgreich für eine deutliche Steigerung ihres Tarifvertrages eingesetzt hatten.

In ihren Grußworten betonten sowohl Polizeipräsident, Roland Ullmann, als auch Polizeidirektor Hans Knapp die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Vorstand der Kreisgruppe. F

ür den Landesvorstand informierte Lothar Högzen die Versammlungsteilnehmer über den Sachstand aller aktuellen Themenbereiche, vom „Fahrzeugwesen“ bis zur „Beihilfe“. Schon zu Beginn der Versammlung wurden zahlreiche engagierte Gewerkschaftler für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt. Dies waren im Einzelnen:

25 Jahre (Mai 86-Mai 87):

- Termer, Bettina, K12
- Vaupel, Peter, K11
- Hecker, Klaus Dieter, SLÜ
- Sattler, Achim, K21
- Ulrich, Peter, BO
- Vey, Helmut, BO
- Steinmacher, Rainer, K33



Unsere Jubilare: 25 Jahre GdP.



40 Jahre GdP (mit Kollege Steinmacher, 25 Jahre).



50 Jahre GdP!

- Belz, Rainer, SLÜ
- Friedrich, Michael, GN
- Bachmann, Friedhold, GA
- Kern, Bernhard, PD
- Oberschelp, Ralf, GN
- Manz, Udo, BO
- Abercrobie, Artie, GA
- Prasch, Volker

- Schilling, Wolfgang, GN
- Schwan, Peter, BO

50 Jahre (Mai 61-Mai 62):

- Völlinger, Erhard, P
- Kreiss, Helmut, P
- Ottmann, Walter, P
- Richter, Heinrich, P

40 Jahre (Mai 71-Mai 72):

- Reising, Walter, Z3
- Heerd, Lothar, P
- Kargl, Paula, P
- Kietzmann, Eckhard P
- Müller, Karl-Heinz P

Peter Happ
Vorsitzender

Thomas Scheunert und Adelbert Steinberg aus dem Personalrat verabschiedet

Für ihre annähernd 12-jährige Tätigkeiten im Personalrat des PP Osthessen wurde im Rahmen einer Bezirksgruppenvorstandssitzung Thomas Scheunert und Adelbert Steinberg gedankt.

Beide waren seit Bestehen des Polizeipräsidiums Osthessen Mitglieder des Personalrates. Thomas Scheunert war zudem elf Jahre lang Personalratsvorsitzender. Adelbert Steinberg begleitet ihn auf diesem Personalratsweg als sein Stellvertreter und hatte eine halbe Freistellung.

BZG-Vorsitzender Ewald Gerk hob insbesondere den unermüdlischen Einsatz von Thomas Scheunert und Adelbert Steinberg hervor. Beiden war kein Weg zu steinig oder zu unbequem, wenn es um die Belange der Beschäftigten ging.



Thomas Scheunert (links) und Adelbert Steinberg (rechts) bei ihrer letzten gemeinsamen Personalratssitzung.

Nach zwölf Jahren können beide auf eine erfolgreiche Personalratsarbeit zurückblicken. Für beide war

Gremien für ihre GdP zu Verfügung stehen.

Als Dank für die geleistete Personalratsarbeit überreichte BZG-Vorsitzender Ewald Gerk ein Präsent, dass beide für die kommenden, nun zur Verfügung stehenden freien Stunden gut gebrauchen können. Auch der neugewählte PR-Vorsitzende Karsten Bech sprach Thomas Scheunert und Adelbert Steinberg seinen Dank aus. „Ihr habt einen Weg hinterlassen, den wir, die Neuen, jetzt leicht weitergehen können“, sagte er abschließend.

Thomas Scheunert als auch Adelbert Steinberg bedankten sich für die gemeinsamen Jahre im Personalrat. Es hat immer Spaß gemacht, obwohl das Eine oder Andere schon ganz schön an den Nerven kratzte.

Uns bleibt nur zu sagen: „Vielen Dank für Euren unermüdlischen Einsatz“.

Karsten Bech/
Ewald Gerk



Ewald Gerk bedankt sich bei Adelbert Steinberg (Bild links) und bei Thomas Scheunert (Bild oben) für die 12-jährige Personalratsarbeit.

Insbesondere eine Tätigkeit im Personalrat kann man nicht nach Feierabend wie einen Hut an die Garderobe hängen. Man hat immer „Problemfelder“ im Hinterkopf und sucht nach Lösungsmöglichkeiten. Auch persönlich steht man das ein oder andere Mal zwischen den Stühlen, was die Tätigkeit als Personalrat so schwierig gestaltet. Jedoch haben im Laufe der Jahre genau diese Tätigkeiten die Akteure zusammengeschweißt.

stets der Mensch im Mittelpunkt und nicht nur Mittel.

Mit einer PowerPoint-Präsentation konnten die BZG-Vorstandsmitglieder verschiedene Stationen oder „Meilensteine“ von Thomas Scheunert und Adelbert Steinberg Revue passieren lassen. Beide verabschieden sich nur aus der Personalratstätigkeit. Sie werden aber noch als Kreisgruppenvorsitzende in den

Aktuelle Themen mit Innenminister Rhein beraten

Mitte Mai fand im Innenministerium zwischen GdP-Vertretern und Innenminister Boris Rhein eine weitere Gesprächsrunde statt. An dem Gespräch nahm ebenfalls Landespolizeipräsident Udo Münch teil. Eingangspunkt war die Einsatzlage „Blockupy“ in Frankfurt auf der Tagesordnung. Rechtliche, einsatztaktische und Fürsorgefragen für die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten wurden besprochen.

Beihilfe

Die bisherigen Entwürfe zur Neufassung der Beihilfeverordnung wurden, insbesondere auf Druck der GdP, zurückgezogen. Ziel der Vorlagen waren nicht die notwendigerweise erforderlichen zeitgemäßen Anpassungen in der Beihilfeverordnung (BeihVO), sondern nur Geld für die Sanierung des Landeshaushaltes einzusammeln. Mit dem ersten Entwurf sollten 33 Mio. Euro und dann mit dem zweiten Entwurf immerhin noch 17 Mio. auf Kosten der Beihilfeempfänger eingespart werden. Das haben wir verhindert! Damit bleibt auch die Sachleistungsbeihilfe weiterhin erhalten!



GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller, machte deutlich, wo bei der Polizei der Schuh drückt.

Innenminister Rhein sagte, dass die Änderung der BeihVO ein schwieriges Thema sei. Gleichwohl bleibe die Forderung des Finanz-

misters zur Änderung der BeihVO bestehen. Für die GdP ist eine einseitige Änderung zu Lasten der Beschäftigten ein absolutes „no go“. Wir machten Innenminister Rhein deutlich, dass:

- einmal erworbene Beihilfeansprüche (Prozente z.B. durch Heirat, Kindern etc.) ein Leben lang erhalten bleiben müssen.
- anstatt der Sachleistungsbeihilfe der hälftige Kassenbeitrag (sog. sogenannter Arbeitgeberanteil) den freiwillig in einer gesetzlichen Krankenkasse Versicherten monatlich mit dem Gehalt/der Pension ausgezahlt wird.
- freie Heilfürsorge, unter Einrechnung eines Eigenteils (wie z.B. in Nordrhein-Westfalen ca. 1,5% des Gehalts) eine echte Alternative zum bisherigen System ist.
- auch in der jetzigen BeihVO viel Geld für Leistungen gezahlt wird, die absolut nicht mehr „zeitgemäß“ sind. Dieses Geld kann man z.B. für Hebungsprogramme (Beamte und Tarif) sinnvoller einsetzen.

Zusatzurlaub

Im Ministerium wird an einer Änderung der Zusatzurlaubsverordnung derzeit mit Hochdruck gearbeitet, sagte Landespolizeipräsident Udo Münch. In dem Gespräch mit Innenminister Rhein konnte der ernste Wille des Ministers zur Anpassung der Vorschrift im Sinne unserer Wechselschichtdienst leistenden Kolleginnen und Kollegen entnommen werden. Sechs Tage Zusatzurlaub soll es geben. Angedacht ist, dass die Berechnung nach geleisteten Nachtdienststunden erfolgen soll. Über die Staffelung hat man aber noch keine abschließende Auffassung.

Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ)

Innenminister Boris Rhein ist die GdP-Aktion „5-Euro für jede Stunde DuZ“ nicht verborgen geblieben. Dass die heute gezahlten DuZ-Sätze



Innenminister Boris Rhein ist Willens Verbesserungen bei der Polizei zu erreichen.

nicht mehr aktuell sind, ist jedem klar. Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller forderte, dass hier unbedingt nachgebessert werden muss. Die jetzigen Sätze spiegeln schon lange nicht mehr die Belastungen der Dienste zu ungünstigen Zeiten wider.

Innenminister Boris Rhein sagte, dass eine pauschale Erhöhung auf fünf Euro derzeit nicht finanzierbar sei, aber eine Anhebung der derzeitigen Sätze dringend erforderlich sei und er wolle dieses in einem Vier-Augen-Gespräch mit dem Finanzminister besprechen.

Die GdP ist nach dem Gespräch mit dem Innenminister zuversichtlich, dass in Bälde eine Anhebung kommt. Auch eine Anhebung in wenigen Schritten wäre akzeptierbar.

Leichengeld

Mit Änderung der Rechtsvorschrift wurde das gezahlte Leichengeld plötzlich versteuert. Das ist faktisch eine Kürzung! Für das Land heißt das, dass durch die Rechtsänderung nichts gespart wird.

In dem Gespräch haben wir Innenminister Rhein deutlich gemacht, dass der alte Rechtszustand wieder hergestellt wird und die Kolleginnen und Kollegen das Leichengeld in der bisherigen Höhe 1:1 ausgezahlt wird. Wir gehen davon

aus, dass zeitnah die GdP-Forderung erfüllt sein wird!

Neues Stellenhebungsprogramm

Ein weiteres Stellenhebungsprogramm für die hessische Polizei ist erforderlich. Dies ist ein weiteres Ergebnis des GdP-Gesprächs mit Innenminister Boris Rhein.

Nach den Haushaltseinsparvorgaben des Finanzministers sind für ein solches Programm zusätzliche Mittelzuweisungen aus dem Finanzministerium nicht 1:1 zu erwarten. Jörg Bruchmüller machte deutlich, dass insbesondere die polizeilichen „Eckämter“ wie z.B. Dienstgruppenleiter (DGL) oder Kommissariatsleiter zusätzliche höherwertige Beförderungsplustellen (mit den sich daraus ergebenden Nachschlüsselungen) zur Verfügung gestellt werden müssen.

Finanzressourcen sind ausreichend vorhanden, man müsse nur die derzeitigen Ausgaben einer kritischen Überprüfung unterziehen. So könne z.B. bei den Ausgaben für



Die Anpassung/Erhöhung des Zusatzurlaubs ist nach Aussage von Landespolizeipräsident Udo Münch bereits soweit fortgeschritten, dass das Ministerium zur Zeit bereits eine Novellierung arbeitet.

SAP erhebliche Mittel eingespart werden, wenn man die Anzahl der Lese- und Schreibberechtigungen auf ein absolut erforderliches Mindestmaß reduziert. Aber auch das Herabsetzen des Bemessungssatzes für ärztliche Leistungen (von z.B.

maximal 3.5 auf 2,5 Prozentpunkte oder Einsparungen bei den Leistungen für Heilpraktiker) könnte zur Gegenfinanzierung in Anspruch genommen werden.

Gewalt bei Fußballspielen

Abschließend wurden die gewalttätigen Ausschreitungen im Zusammenhang mit Fußballspielen besprochen. Zur Lösung des Problems müssen alle Beteiligten eingebunden werden.

Die Vereine werden sich insbesondere Strukturmaßnahmen einfallen lassen müssen, wie z.B. mehr und/oder auch besser bezahlte, ausgebildete Ordner.

Eins steht für die GdP und den Minister fest: Das Gewaltmonopol müsse ausschließlich in der Hand des Staates bleiben.

Ewald Gerck

Seniorenseminar Hessen 2012

Auch in diesem Jahr führt der Landesseniorenvorstand der GdP Hessen wieder ein Seniorenseminar durch.

Eingeladen dazu sind alle Rentner/innen und Pensionär/innen mit Partner/in. Eingeladen sind auch die Mitglieder, die kurz vor der Pensionierung stehen. Es ist ein Eigenbeitrag zu leisten von 20 Euro.

Vorgesehene Themen:

Erben und Vererben, Wohnen im Alter, Pflegereform, Verkehrsrecht für ältere Menschen, Bericht des GdP-Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller.

Seminartermin:

Beginn: 30. Oktober 2012, um 9.00 Uhr

Ende: 31. Oktober 2012, um 13.00 Uhr

Ort:

Gasthaus „Zur Krone“, Am Stadttor 2, 36142 Tann/Rhön, Telefon: 06682-213, Webseite: www.tann.de

Anmeldungen an:

Ruth Brunner, GdP Hessen, Wilhelmstr. 60a, 65183 Wiesbaden, Fax: 0611-9922727, E-Mail: rbrunner@gdp-online.de (Anmeldungen nur schriftlich).

Nähere Auskünfte:

Norbert Weinbach, Lindenstr.7, 64653 Lorsch, Telefon: 06251-52889 oder 01525-6121912, E-Mail: Norbert.Weinbach@online.de und bei den Seniorenvertretern der Bezirksgruppen.

Norbert Weinbach

Achtung - Termin

4. Kleinfeldfußballturnier des PP Osthessen

Am Donnerstag, 06. September 2012, ab 10.00 Uhr, veranstaltet das PP Osthessen auf dem Sportplatz Eichenzell-Löschenrod.

Jede Organisationseinheit kann eine oder mehrere Mannschaften melden. Eine Mannschaft besteht aus 5 Feldspielern, 1 Torwart und bis zu 3 Auswechselspielern. Meldeabschluss ist der 20.08.2012.

Für Rückfragen stehen zur Verfügung:

Ulrich Poremba, Tel. 0661/105-1350 oder Ewald Heil, Tel. 0661/ 105-2202.

Gelungenes Schießfest der PSt Bad Hersfeld

Bei herrlichstem Wetter führte die Pst. Bad Hersfeld am Dienstag, den 08. Mai 2012 ihr traditionelles Schießfest auf dem Schießstand der Schützengilde Bad Hersfeld im Jägersgraben durch.

Der Leiter der Polizeistation, Jörg Stein, konnte neben den Beschäftigten der Pst. Bad Hersfeld viele Vertreterinnen und Vertreter „befreundeter“ Organisationen begrüßen. Einige seien hier besonders erwähnt. Der LOStA der StA Fulda, Herr Gast sowie sein Vertreter OStA Hellmich überbrachten die Grüße der StA Fulda.

Auch die Vorsitzende Richterin am LG Fulda, Michaela Kilian-Bock, schaute traditionsgemäß vorbei. Sie nutzte, wie auch die Vertreter der StA, die Gelegenheit, um neben dienstlichen auch ein paar private Worte mit den Schutzleuten aus Hersfeld zu wechseln.



Gespräche.

rekte Zusammenarbeit zu pflegen und zu fördern.

Die zahlreiche Besucherschar zeigte, dass man sich gern beim Schießfest der Pst. trifft, um gemeinsam Erfahrungen auszutauschen.



Den Vogel schoss beim diesjährigen Schießfest der Kollege Wilfried Leiter ab. Er errang nicht nur erneut den Wanderpokal 2012, sondern konnte auch den neugeschaffenen Pokal des PD-Leiters Klaus Wittich für den Pokalschützen in Empfang nehmen. Zusätzlich erhielt Wilfried Leiter den Erinnerungspokal an den Wanderpokal 2011. Hoffen wir, dass die Pokale Platz in seinem Haus finden.

zinnen und Schützen am Schießfest teil.

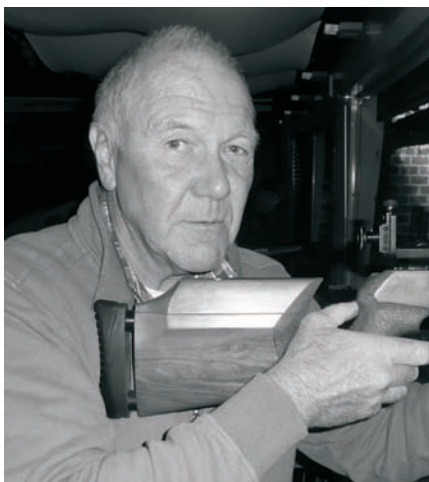
Das Orga-Team um Adelbert Steinberg hatte für die erforderliche Stärkung im festen und flüssigen Bereich bestens gesorgt. Für Jörg Stein war es das erste Schießfest bei der Pst. Bad Hersfeld. Er bedankte sich bei Adelbert Steinberg und seinen Helferinnen und Helfern für die gelungene Veranstaltung. An dieser Stelle sei auch dem Grill-Team um Jürgen Feldbinder ein herzliches Dankeschön für die Verpflegung gesagt.

Den Ehrenpreis des Landrates fiel an den Kollegen Heinrich Hildenbrand, der mit der besten Zehn traf.

Naturgemäß hatte auch die GdP-Kreisgruppe Hersfeld-Rotenburg einen Überraschungspreis parat. Dieser wurde nicht ausgeschossen, sondern durch eine vorher festgelegte Zahl aus den Teilnehmern ermittelt. Den GdP-Preis überreichte der GdP-Vorsitzende Adelbert Steinberg an seinen Kollegen Jochen Schmidt. Insgesamt nahmen 74 Schüt-



Übergabe Wanderpokal.



Letztes Schießfest für Klaus Ley als Aktiver

Gleich ein ganzer Zug der Bundeswehr Rotenburg trat beim Schießfest an und konnte hervorragende Plätze belegen (Plätze 1 bis 3 der Gästewertung).

Im Rahmen der Planung zum Schießfest waren die Beschäftigten der Pst. aufgefordert auch Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der anderen Dienststellen und Organisationen einzuladen, um die di-

Alles in allem eine sehr gelungene Veranstaltung, die auf den Wunsch vieler Teilnehmer auch im Jahr 2013 an gewohnter Stelle stattfinden wird.

Adelbert Steinberg
Kreisgruppe HEF-ROF



GdP Überraschungspreis.



Bürgermeister Fehling (zweiter v.l.) stärkt sich.



Bundeswehr.

Blick in die Historie

Aufstand der Ordnungshüter: Erinnerungen an die Zeit, als die Polizei laufen lernte

Vor sechzig Jahren (1951) wurde die GdP Hessen gegründet. Vierzig Jahre ist es her, dass die hessische Polizei „laufen“ lernte, dass sie auf die Barrikaden gegangen ist (1970/71). Vor zwanzig Jahren (1991) wurde die zweigeteilte Laufbahn eingeführt, eine Auswirkung des Aufstandes der Ordnungshüter 1970/71.

Wie sah die Situation damals aus?

Befehl und Gehorsam, das war es, was die Polizei in ihrer Ausbildung nach dem Krieg gelernt und verinnerlicht hat. Es war die Fortsetzung einer Denkweise aus absolutistischer Zeit, nicht nur aus der Zeit der Nazidiktatur. Noch bis Anfang

der 70er-Jahre war die Ausbildung der Polizei bei der Bereitschaftspolizei eher militärisch als auf den Einzeldienst bezogen. Da herrschte Befehl und Gehorsam. Da wurde am US-Karabiner und am FN-Gewehr ausgebildet. Es gab die ziemlich unsicher zu handhabende Maschinepistole Beretta und erst 1964 wurden die Maschinengewehre in den Waffenkammern der Bereitschaftspolizei eingemottet, weil die Polizei keinen Kombattantenstatus hatte, also keine militärischen Waffen verwenden durfte. Mit dieser Ausbildung wurden junge Leute dann auf die Menschheit losgelassen. Sie trafen im Einzeldienst fast durchweg auf ältere Polizeibeamte (Polizeibeamtinnen gab es nicht), die im Zweiten Weltkrieg gewesen waren, die in

der Zeit der Nazidiktatur schon Polizeibeamte waren und denen Befehl und Gehorsam noch im Blut steckte. So war zum Teil auch der Umgangston. Es herrschte Hierarchie.

Wer befördert werden wollte, um mehr Geld zu verdienen, musste nicht nur seine polizeilichen Aufgaben zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten erledigen, er musste diesen Herren auch gefallen. Eine Beförderung hing nämlich von einer Beurteilung ab. Beurteilt haben aber immer nur Vorgesetzte.

Da war es nicht verwunderlich, dass oft genug „Schleimer“ (den anderen Ausdruck will ich mir hier verkneifen) wie es damals hieß, nach oben kamen.

Das führte im Laufe der Jahre zu ganz bestimmten Konflikten. Das lag zum einen daran, dass die jungen Leute in der Schule Geschichts- und Sozialkundeunterricht hatten und dass sie die mehr oder weniger herrschende Demokratie wirklich als „Macht des Volkes“ verstanden. Das zeigte sich in seinen Auswüchsen in den 60er-Jahren durch die Anti-Vietnam-Demonstrationen und Hausbesetzungen, durch die Studentenproteste der 68er-Bewegung (Unter den Talaren, der Muff von 1000 Jahren) und in den 70er-Jahren auch durch den Terror der so genannten „Baader-Meinhof-Bande“, die nicht davor zurückschreckte, Männer aus Industrie und Politik aber auch Polizeibeamte, Wachleute und Chauffeure der Industriekapitäne zu ermorden.

Hier traf die Denkweise der jungen Schutzleute mit der Denkweise der oft gleichaltrigen Studenten zusammen. Nicht selten hatten beide Gruppen die gleiche Denkweise. Und doch musste die Polizei bei Demonstrationen gegen die Studenten vorgehen, musste Versammlungen und Aufzüge der Neo-Nazi (NPD) schützen, auch wenn die Polizisten oft mehr mit den Studenten und Hausbesetzern sympathisierten. Polizisten hatten für Recht und Ordnung zu sorgen, hatten die öffentliche Sicherheit vor diesem studentischen Mob und den Baader-Meinhof-Verbrechern zu schützen.

Was Recht und Ordnung war, das bestimmte die Politik, die herrschende Klasse. Das waren aber nicht die Politiker, das waren die Industriebarene mit ihrer Wirtschaftsvereinigung. Deren Lobbyisten hatten mehr Einfluss auf die Gesetzgebung und mehr Macht als die Gewerkschaften. Wie sagte ein Kabarettist: „Politiker glauben, sie seien an der Macht – sie sind an der Regierung“.

Weniger Polizisten – mehr Frust

Jetzt kam noch hinzu, dass die Zahl der Polizisten nicht mit der steigenden Zahl der Automobile und der damit zusammenhängenden



Zahl der Verkehrsunfälle standhalten konnte, dass die steigende Zahl der Kriminalität oft auf unzulänglich ausgebildete Polizisten traf. Dass die Polizei unzureichend ausgerüstet war, dass überall neu gebaut wurde, die Polizei aber in den alten städtischen und staatlichen Gebäuden unzulänglich untergebracht war. Dazu kam auch noch, dass die Polizei schlecht bezahlt wurde, dass die Belastung durch vermehrte Großeinsätze und steigende Überstundenzahlen zu immer mehr Frust führten.

Aufstand der Ordnungshüter

Das alles ist die Vorgeschichte, die im Herbst 1970 dazu führte, dass die Polizei in Hessen endlich aufmuckte, ihre Probleme in großen Versammlungen und bei Demonstrationen (6000 Polizisten waren bei einer Demo in Frankfurt) in die Öffentlichkeit trug. Das mündete in die „Initiativausschüsse“, zusammengesetzt aus den Bereichen der staatlichen und kommunalen Polizei, aus Mitgliedern der Hauptabteilung Polizei in der ÖTV, der GdP und des BDK. Bekannt wurde dieses Aufbegehren unter dem Schlagwort „Aufstand der Ordnungshüter“. Das war auch der Titel eines Buches, veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuchverlag, das versuchte, die damalige Situation zu analysieren und

aufzuarbeiten. Daran beteiligt waren Polizeibeamte und Wissenschaftler der Universität Bremen.

Aus Südhessen wirkte Horst Müncher mit, der damalige Vorsitzende der Bezirksgruppe Darmstadt in der GdP. Man muss die Meinung der Verfasser dieses Buches nicht unbedingt teilen, da es oft den Eindruck erweckt, klassenkämpferisch zu sein. Eines war aber auch damals schon deutlich. Gesetze wurden von der herrschenden Klasse gemacht. Herrscher waren die Leute, die das Geld hatten. Eine Statistik aus dieser Zeit sagt, dass 1,74 Prozent der Haushalte über 74 Prozent des Betriebsvermögens verfügen. Das heißt, dass nicht nur heute die Schere von Kapital und Armut auseinander geht, sondern dass damals schon 98,26 Prozent der Haushalte nur über 26 Prozent des Betriebsvermögens verfügten.

Sicherheit durch Recht und Ordnung

So war es kein Wunder, dass Parteien Wahlwerbung machten mit dem Slogan „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ und dass sie damit Erfolg hatten. Auch das haben die Wissenschaftler damals herausgefunden, dass sich der größte Teil der Polizei politisch interessiert zeigte, der größte Teil der Bevölkerung aber eher nicht. Die abhängig Beschäftigten waren zufrieden, wenn sie hin und wieder mehr Geld bekamen, wenn sie am „Wirtschaftswunder“ teilhaben konnten, sonst aber in Ruhe gelassen wurden. Da Polizisten aber politisch dachten, fiel ihnen auf, dass einiges mit dieser Gesellschaft und auch mit der Situation der Polizei nicht stimmte. Die Arbeit nahm zu, die Belastung und damit auch der Frust. Es war ein Hohn, dass die Politiker der Polizei für ihre Überstunden bei einem Großeinsatz pro Stunde 45 Pfennige anboten.

Mit bei den Initiativausschüssen

Als junger Polizeibeamter, Eintritt 1964, damals 26 Jahre alt, habe ich diese Geschichte hautnah miterlebt. Auch wenn an dem Buch „Auf-

stand der Ordnungshüter“ fast nur Kollegen aus Nordhessen mitgewirkt haben, der Schwerpunkt des Aufstands lag in Südhessen. In Wiesbaden und Frankfurt waren die Massendemonstrationen. In der Riedhalle, die eigentlich nur 700 Leute fasst, waren 1500 Polizeibeschäftigte, nicht nur aus Südhessen, zusammen gekommen, um Politikern ihren Unmut deutlich zu machen.

Da wurde der SPD-Fraktionsvorsitzende Best (die SPD war an der Regierung) unter Beschuss genommen. Da bekam der CDU-Landtagsabgeordnete Milde (später Innenminister) Beifall, weil er sich hinter die Forderungen der Initiativ Ausschüsse stellte und sie aufforderte, ihre Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen, auch Heinz Herbert Karry (FDP), später ebenfalls Minister, stand auf Seiten der Polizei.

Oswald Hodes, damals noch Bezirksvorsitzender der Polizei in der ÖTV, später Landesvorsitzender der GdP, sprach sich für eine einheitliche Polizeigewerkschaft in der GdP aus. Das kam später. Da wirkten so Männer mit wie Werner Larem, Manfred Meise, Wilfried Panteleit und auch ich. Das ist aber eine andere Geschichte.

Zur Zeit der Initiativ Ausschüsse wurde nicht nur die Forderung nach besserer Bezahlung, besserer Ausbildung und besserer Unterbringung laut, es ging auch darum, dass die Polizei mit besserer Ausbildung weg wollte vom Image des „Büttels“. Man wollte „das Bild des eigenverantwortlich handelnden, die Bürgerrechte schützenden und die innere Sicherheit gewährleistenden Polizeibeamten zeichnen.

Dieses Ziel konnte nur über die Qualifizierung und entsprechende Bewerbung des Polizeiberufs erlangt werden, also über die zweigeteilte Laufbahn“, sagte 30 Jahre später der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg.

Nicht umsonst propagierten die Gewerkschaften den Begriff „Freund und Helfer“. Sozialarbeiter konnten die Polizisten zwar nicht

sein, sie mussten aber immer wieder in Nötfällen helfen, egal ob bei Verkehrsunfällen, handgreiflichen Auseinandersetzungen in Gasthäusern oder Familien, wenn Erwachsene oder Kinder vermisst wurden oder auch, wenn eine Katze von einem Baum geholt werden musste, weil sie sich alleine nicht mehr herunter traute.

Dem Druck standgehalten

Zu dieser Zeit kam auch erstmals die Forderung nach einer „zweigeteilten Laufbahn“ auf, für die die GdP zwanzig Jahre stritt, bis sie von allen Landtagsfraktionen in ein Gesetz umgemünzt wurde.

Damals herrschte aber auch noch der eingangs erwähnte Begriff von „Befehl und Gehorsam“ oder, anders ausgedrückt, von „Zucht und Ordnung“. Den Vorgesetzten der Polizei waren die Initiativ Ausschüsse nämlich ein Dorn im Auge. So kam es auch vor, dass allzu aufmüpfige Kollegen sozusagen „strafversetzt“ wurden. Die Masse der Kollegen hat dem Druck von oben aber standgehalten. Ich will hier nur ein Beispiel erzählen, das die Sache verdeutlicht.

Bei einer gut besuchten Versammlung von Polizeibeschäftigten, nahmen viele Beamt/innen kein Blatt vor den Mund und erzählten, wo sie der Schuh drückt.

Auch Stationsleiter waren darunter. Alle aber standen unter Druck „von oben“. Das äußerte sich anderntags so, dass der zuständige Polizeidirektor, es war ein kleiner Mann, beim Regierungspräsidium Darmstadt von diesen Polizeiführern eine Stellungnahme forderte. Da ging einigen der Herren „die Muffe“, wie man volkstümlich sagt. Sie fragten mich, da ich einer der „Rädelsführer“ war, damals noch in der ÖTV, was sie machen sollten. Chef der Polizei war aber nominell der Landrat. So rief ich Dr. Lothar Bergmann an und schilderte ihm die Lage. Kein Problem, meinte er, ich bin der Chef, alle berichten mir und ich berichte ordnungsgemäß dem Regierungspräsidenten. Damit war die Sache vom Tisch.

Polizei ist für die Menschen da

Der Druck von oben war groß. Demokratie gab es zwar in der Gesellschaft, nicht aber bei der Polizei. Genau das aber war es, was die Polizeibeschäftigten wollten, mehr Mitspracherechte, mehr Demokratie. Heute sind wir eine Polizei mit Selbstwertgefühl, wir sind eine „Sicherheits-AG“, die sich um den Schutz der Bevölkerung bemüht. Wir sind gut ausgebildet und gut bezahlt.

CDU und FDP haben uns zwar fast alle Mitbestimmungsrechte genommen und der Frust in der Belegschaft ist groß, wir geben aber nicht auf. Wir kämpfen weiter. Eine Gewerkschaft kann beginnen, aufhören kann sie nie.

Und wenn die regierenden hessischen Politiker nicht begreifen wollen, wie es der Polizei geht, dann gibt es vielleicht in naher Zukunft wieder einen „Aufstand der Ordnungshüter“.

NW



Die Hessische Polizeistiftung

Der Erfolg polizeilicher Arbeit stellt sich immer nur dann ein, wenn ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes besteht. Die hessische Polizei ist bürgernah und bürgerfreundlich. Das beweisen die Polizeibesetzten Tag und Nacht im Rahmen ihrer Dienstverrichtung. Gerade die hessenweiten durchgeführten „Tage der offenen Türen“ in den Polizeipräsidien und der immense Zuspruch durch die Bevölkerung bestätigen eindrucksvoll das gute Verhältnis zwischen Gesellschaft und Polizei.

Als Sicherheitsinstitution genießt die Polizei ein hohes Maß an Vertrauen und die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land lehnt Gewalt gegen Polizeibesetzte ab. Weit mehr Vertrauen wird in die Arbeit der Polizei gesetzt als in die der Politiker! Zum Selbstverständnis des Polizeiberufes gehört es jedoch, dass sich Polizistinnen und Polizisten in Gefahr begeben müssen.

Häufig müssen wir in der medialen Berichterstattung zur Kenntnis nehmen, dass die Arbeit der Polizei häufig mit dem Einsatz von Leib und Leben verbunden ist. Nicht selten werden bei besonders schweren Einsätzen unsere Polizeibesetzten schwer verletzt oder gar getötet. Dabei ist festzustellen, dass nach der vielleicht spektakulären Berichterstattung das Ereignis schnell in Vergessenheit gerät. Im Bewusstsein der schnelllebigen medialen Welt sind täglich wechselnde Schlagzeilen gegenwärtig. Viele Polizeibesetzte haben sich sicherlich schon oft gefragt: Was geschieht, wenn mir etwas zustößt, mit meiner Familie?

Unseren Dienstherrn sind dabei häufig enge Grenzen gesetzt, auch wenn die Versorgungsregelungen in den letzten Jahren nicht verschlechtert wurden. In diesen Fällen dann zu helfen, Betroffene und Angehörige nicht im Stich zu lassen, hat sich die Hessische Polizeistiftung nach ihrer Gründung im Jahre 1972



Jens Mohrherr, Vorsitzender der Hessischen Polizeistiftung.

durch den damaligen Innenminister des Landes Hessen zur Aufgabe gemacht. Diejenigen Polizeibesetzten, die in ihrem Dienst für die Allgemeinheit Schaden erlitten haben, haben eine Solidarität verdient.

Die Hessische Polizeistiftung betreut oft über Jahre hinweg die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sowie deren Familien und Angehörigen. Im Vorstand der Hessischen Polizeistiftung sind folgende Mitglieder vertreten: der Landespolizeipräsident, der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei sowie ein weiteres Mitglied des Hauptpersonalrates der Polizei. Darüber hinaus werden wir durch unsere Geschäftsführerin, Frau Silke Wendling, unterstützt.

Die Hessische Polizeistiftung ist eine Stiftung des bürgerlichen Rechts. Sie ist mildtätig und gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung. Beispiele unserer Unterstützungen sind:

- | Gewährung von Sonderurlauben an im Dienst Schwerverletzte zur schnelleren Regeneration.
- | Finanzielle Unterstützung Angehöriger getöteter Polizeibesetzter bei Eintritt von wirtschaftlichen Notlagen, die zum Teil

Existenz bedrohend sein können.

- | Einmalige Weihnachtsunterstützung ehemaliger Polizeibesetzter, deren Ruhestandsbezüge unter dem Sozialhilfesatz liegen.

Ihre Mittel erhält die Hessische Polizeistiftung u.a. auch durch Spenden aus der Bevölkerung, von Institutionen sowie der freien Wirtschaft. Des Weiteren fließen ihr Bußgelder aus Strafverfahren zu.

Darüber hinaus kann auch eine Fördermitgliedschaft bei der Hessischen Polizeistiftung eine wirksame Unterstützungsleistung sein, um speziell Langzeitfälle noch besser betreuen zu können. Hier haben in der zurückliegenden Zeit einige Kolleginnen und Kollegen davon Gebrauch gemacht und sind Fördermitglieder geworden. Wir würden uns aber über jedes weitere Fördermitglied freuen.

Als Vorsitzender der Polizeistiftung bedanke ich mich bei allen Fördermitgliedern und Gönnern für ihre Spendenbereitschaft! Gerne stehen wir für weitere Auskünfte unter folgender Anschrift zur Verfügung:

**Hessische Polizeistiftung,
Friedrich Ebert Allee 12, 65189
Wiesbaden, Tel.: 0611/ 353
1773.**

Jens Mohrherr



Einladung zum Sommerfest im Juli

Die GdP-Kreisgruppe Vogelsberg lädt am:

Samstag, den 14. Juli 2012, zum Grillen und Feiern sowie zum „Schlitzer Stadtjubiläum“ ein.

Die Feierlichkeiten zum 1200-jährigen Stadtjubiläum in Schlitz bieten neben einem Treffen zum Grillen und gemütlichen Beisammensein, auch die Möglichkeiten, die das Programm des Stadtfestes bietet, zu nutzen. Als Treffpunkt zum Grillen usw. wurde der zentral liegende Hof vor der alten Dieffenbachschule (direkt gegenüber dem Polizeiposten Schlitz) gewählt.

Von 11.00 Uhr bis 18.00 Uhr bieten wir neben Gegrilltem, auch kühle Getränke aller Art (auch Bier vom Fass) für Mitglieder und deren Familie kostenlos an. Gäste sind ebenso herzlich willkommen. Nach einer kräftigen Stärkung besteht dann die Möglichkeit, die „Schlitzer“ Alt-



stadt (in fünf Minuten zu Fuß erreichbar) zu erkunden und sich anschließend wieder bei unserem Treffpunkt auszuruhen.

Das Programm des Stadtfestes am Samstag:

- 14:00 Uhr: Stadtfest mit historischem Markt, auch Handwerkermarkt, vielen Ständen, Musik und Unterhaltung in der Innens-

tadt/Markplatz, Vorführungen auf der Bühne am Marktplatz.

- 20:00 Uhr: "Vorsicht Gebläse" mit Wahl der Kornkönigin am Marktplatz.

Weitere Infos sind auch im Internet unter der Seite der Stadt Schlitz zu finden.

Direkt im alten Schulhof bestehen auch Parkmöglichkeiten für PKW'S. Wer mit den öffentlichen Verkehrsmitteln Schlitz oder in Kombination mit dem Fahrrad, erreichen möchte, für den haben wir die Verbindungen herausgesucht und der Einladung beigefügt. Die Bushaltestelle befindet sich auf der Bahnhofstraße direkt vor dem Gelände. Als Bonus hat der Vorstand beschlossen, die Kosten der Fahrkarten zu übernehmen.

Über eine zahlreiche Teilnahme würden wir uns sehr freuen.

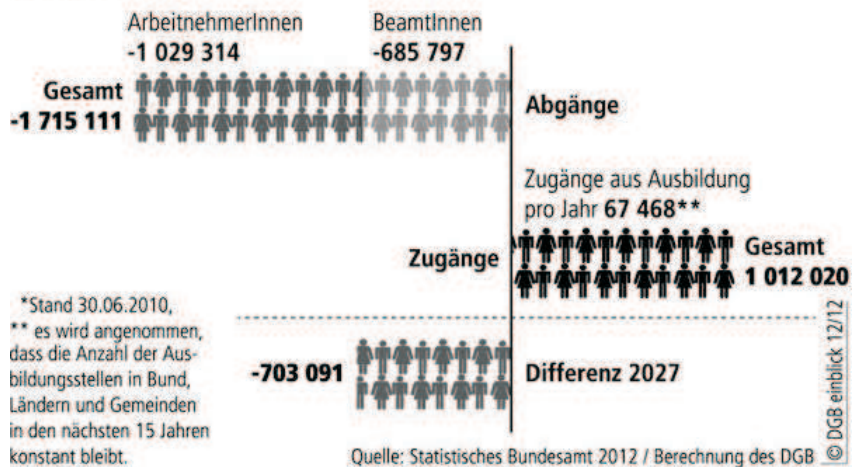
W. Denke-Otterbein
Vorsitzender

Öffentlicher Dienst: Die Zukunft gestalten

In den kommenden 15 Jahren werden im öffentlichen Dienst rund 1,7 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand gehen. DGB und Gewerkschaften fordern neue Wege, um den demografischen Wandel zu gestalten. Mehr Neuzugänge, aber auch alternsgerechte Arbeitsbedingungen sollen her. Mit einem Modellprojekt zeigt ver.di, wie das aussehen kann. Berechnungen des DGB, basierend auf den Zahlen des Statistischen Bundesamtes, machen deutlich, was auf den öffentlichen Sektor bis zum Jahr 2027 zukommen wird. Rund 686000 BeamtInnen und rund eine Million ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes (ÖD) gehen in den Ruhestand. Gleichzeitig werden schätzungsweise nur eine Million neu ausgebildete Beschäftigte hinzukommen. Macht ein Defizit von rund 700000 Beschäftigten. Karsten Schneider, Leiter der Abteilung Beamte und beim DGB-Bundes-

Engpass in Sicht

BeamtInnen und ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes, die in den kommenden 15 Jahren in Ruhestand gehen, sowie die zu erwartenden Zugänge aus Ausbildung*



Mehr als 1,7 Millionen Beschäftigte scheiden bis 2027 aus dem öffentl. Dienst aus. (einblick)

vorstand, kritisiert die Politik: „Wenn die Bundesregierung glaubt, auf eine demografische Herausforderung hinweisen zu müssen, sollten

auch konkrete Schlussfolgerungen für den öffentlichen Dienst gezogen werden.“ Um das Angebot an öffentlichen für die BürgerInnen auch

in Zukunft zu gewährleisten, müsse deshalb sofort mit dem Aufbau von Personal begonnen werden.

Musterarbeitgeber auf Abwegen?

Problematisch ist dabei: Seine Vormachtstellung als Musterarbeitgeber droht der öffentliche Dienst zu verlieren. Studien weisen darauf hin, dass die Beschäftigten zunehmend über schlechtere Arbeitsbedingungen klagen. So zeigt eine Sonderauswertung des DGB-Index, dass nur 18 Prozent der Beschäftigten im ÖD ihre Arbeitssituation positiv bewerten.

27,4 Prozent sind sehr unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen. Sie beklagen unter anderem mangelnden Respekt, körperliche Schwerarbeit, einseitige Belastungen und emotionale Überforderung. Über ein Drittel kommt zu dem Schluss, dass sie unter den aktuellen Anforderungen nicht bis zum Rentenalter durchhalten werden.

Belastungen erfassen

ver.di-Vorstandsmitglied Achim Meerkamp kritisiert die mangelnde Gesundheitsprävention. „Im Hinblick auf die Förderung der Ge-

sundheit der Beschäftigten tritt der öffentliche Dienst keineswegs als ‚Musterarbeitgeber‘ in Erscheinung.“ ver.di fordert deshalb, physische und psychische Belastungen durch Gefährdungsbeurteilungen zu erfassen.

Lastenfahräder im Einsatz

An anderer Stelle gestaltet ver.di bereits den Wandel im öffentlichen Dienst. Mit dem Modellprojekt „Beruf und Pflege besser vereinbaren – Altersgerechte Arbeitsbedingungen gestalten“ sollen alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst umgesetzt werden. Ziel ist es, den demografischen Wandel gemeinsam mit Personalräten und kommunalen Arbeitgebern zu meistern.

Wie zum Beispiel in Konstanz: Dort bieten die technischen Betriebe gesundheitlich eingeschränkten KollegInnen Alternativen an.

Auf so genannten Lastenfuhrädern reinigen sie Gehwege und Straßen von Leichtmüll wie Zigarettenschachteln oder Plastiktüten. BürgerInnen und Beschäftigte schätzen diese Form der altersgerechten Arbeit.

Zusatzqualifikation lohnt sich. Ein weiteres Beispiel liefern die Marburger Kindertagesstätten. Hier können ErzieherInnen, die das 55. Lebensjahr überschritten haben, mit einer Zusatzqualifikation spezielle Funktionen in der Kita übernehmen. So erkunden sie mit den Kindern den Wald, üben Deutsch oder lernen die Umwelt näher kennen.

Zudem sind Arbeitsprozesse neu geregelt worden, sodass Heimarbeits-tage genutzt werden können. Das erleichtert die Pflege von Angehörigen. Bis 2013 können sich weitere kommunale und öffentliche Arbeitgeber am ver.di-Projekt beteiligen.

Vereinbarkeit und Interkulturalität

Neben solchen Maßnahmen fordern DGB und die Gewerkschaften eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr und einen gleichberechtigten Zugang von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zum öffentlichen Dienst.

Erschienen in: einblick 11/2012 vom 11.6.2012

Wandel der Arbeitswelt:

„Früher war ich müde! Heute bin ich fertig!“

Prekäre Beschäftigung, Arbeitsverdichtung, Stress, Mobbing – neben den Gewerkschaften nimmt sich auch die katholische Betriebsseelsorge der Probleme der ArbeitnehmerInnen an. Betriebsseelsorger Peter Hartlaub schildert, wie sich die Arbeitswelt aus Sicht der Betriebsseelsorge verändert hat und was die katholische Soziallehre dem Wandel entgegen hält.

Die Arbeitswelt hat sich fundamental gewandelt. Aussagen wie „Früher war ich müde, heute bin ich fertig“ machen deutlich: Der Druck auf die Menschen ist immens. Die Anforderungen an die Menschen werden immer höher geschraubt, egal wo sie arbeiten. MitarbeiterInnen müssen mobil und flexibel sein,

sowohl räumlich wie auch zeitlich. Immer erreichbar und kurzfristig verfügbar sein – dieses „Ideal“ gilt längst nicht mehr nur ab einer bestimmten Gehaltsstufe. Wie dabei die lebenswichtigen sozialen Beziehungen außerhalb der Arbeit gelebt werden können, ist zweitrangig. Wann die Menschen zum Atmen kommen, bleibt ihr Problem. Das dokumentieren eindringlich Zitate von Ratsuchenden (siehe Kästen).

„Früher hab' ich gedacht: Wenn du deine Arbeit gut machst und die Firma Gewinn abwirft, dann ist dein Arbeitsplatz sicher. Aber die wollen unseren Standort schließen, obwohl wir seit Jahren schwarze Zahlen schreiben.“

Weniger MitarbeiterInnen sollen in weniger Zeit immer mehr Arbeit erledigen – im Krankenhaus ebenso wie in der Fabrikhalle, in der Schule wie an der Supermarktkasse. Die Belastungen steigen, gleichzeitig nimmt die Unsicherheit zu. Seit mit der Einführung von der Niedriglohnsektor in diesem Land wächst, breitet sich die Angst vor dem sozialen Abstieg immer stärker aus. Krankheit und Arbeitslosigkeit schweben wie ein Damoklesschwert über den Beschäftigten. Immer mehr Menschen halten diesem Druck nicht mehr stand. ...

„Wie soll ich denn mit dem Lohn hinkommen? Das reicht ja kaum zum Leben. Und wenn ich an meine Rente denke – da kann ich mich ja

„Wie soll ich denn mit dem Lohn hinkommen? Das reicht ja kaum zum Leben. Und wenn ich an meine Rente denke – da kann ich mich ja gleich erschießen!“

Mit diesen Sorgen kommen Beschäftigte auf die BetriebsseelsorgeInnen zu. Oft vermittelt durch Betriebs- und Personalräte, mit denen wir vertrauensvoll zusammen arbeiten. Wir bieten uns an als Gesprächspartner, der die betriebliche Realität kennt, ohne selber Teil des Betriebs zu sein. Im Dialog versuchen wir, mit den Menschen ihre Situation zu analysieren, mit ihnen nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, sie zu trösten und zu ermutigen. Einen übergreifenden Ratsschlag gibt es dabei nicht, sondern nur Lösungen im Einzelfall. Wichtig ist, den Menschen die Angst zu nehmen und ihnen Mut zu machen, sich für ihre Bedürfnisse einzusetzen.

Hilfe im Einzelfall ist uns wichtig – aber dabei können und wollen wir nicht stehen bleiben. Wenn ein Sys-

tem für viele Einzelne Probleme produziert, dann ist das System das Problem. In der Sozialverkündigung der katholischen Kirche gilt zentral der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. Das heißt, für jede Wirtschaftsordnung und für die Gestaltung der Arbeitswelt gilt: Welchen Stellenwert hat der Mensch? Wird er mit seinen Fähigkeiten und Kompetenzen anerkannt? Werden seine Bedürfnisse berücksichtigt? Wird die Arbeitswelt so gestaltet, dass sie den Menschen dient oder müssen sich Menschen dem Diktat von Effizienz und Rendite unterwerfen?

„Ich mach das jetzt seit dreißig Jahren, aber so stressig war es noch nie. Ich weiß nicht, wie ich das bis zur Rente schaffen soll.“

Diese Fragen gemeinsam mit den Beschäftigten oder auch stellvertretend für sie öffentlich zu stellen und sich so in Politik einzumischen, das gehört zu unserem Verständnis von Seelsorge. Dabei arbeiten wir zusammen mit Kolleginnen und

Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften. Mit ihnen zusammen versuchen wir, die Beschäftigten zu ermutigen, damit sie ihre Interessen gemeinsam verteidigen.

Für uns gilt, was Papst Johannes Paul II. 1981 in seiner Enzyklika „Laborem Exercens“ geschrieben hat: „Solidarität muss immer dort zur Stelle sein, wo die gesellschaftliche Herabwürdigung des Subjekts der Arbeit, die Ausbeutung der und das wachsende Ausmaß von Elend oder sogar Hunger sie herausfordern.“ An dieser Solidarität mit zu bauen, ist unser Auftrag.

Peter Hartlaub, 47, ist ständiger Diakon und Sprecher der Bundeskommission Betriebsseelsorge. Seit 1998 ist er als Betriebsseelsorger in Schweinfurt tätig.

Erschienen in: einblick 8/2012 vom 30.04. 2012

Kripo-Tennisturnier beim Polizeipräsidium Osthessen

Mitte April fand das dritte Tennisturnier der osthessischen Kriminalpolizei in der Tennishalle des TC Grün Weiß Fulda in der Johannisau statt. Ausrichter war wie in den Jahren zuvor die Kriminaldirektion Fulda.

Vierzehn tennisbegeisterte Kolleginnen und Kollegen hatten sich für das Turnier gemeldet. In der Vorrunde musste die Spieler/innen je vier Spiele mit jeweils neu zugelosten Partnern bestreiten. Die besten acht besten Spieler/innen der Vorrunden wurden für die Halbfinals ausgelost.

Hier trafen im ersten Halbfinale: **Günther Voss (Leiter E) / Stefan Heppe (K 23/24)** auf **Katrin Möller (OPE-BAB) / Eberhard Möller (Leiter Abteilungsstab)** und im zweiten Halbfinale: **Christof Schürle (K 23/24) / Michael Kramer (Leiter K 2/22)** auf **Markus Wittek (OPE-BAB)/Dieter Krenzer (Leiter Führungsgruppe)**.



Im ersten Halbfinale siegte die Paarung **Möller/Möller** in einem ebenso spannenden Spiel knapp gegen die Paarung **Voss/Heppe** wie im zweiten Halbfinale die Paarung **Wittek/Krenzer** gegen die Paarung **Schürle/Kramer**.

Somit stand das Finale des diesjährigen Tennisturniers fest: **Möller/Möller** gegen **Wittek/Krenzer**

In einem hochklassigen und spannenden Finale konnte sich am Ende die Paarung: **Wittek/Krenzer** durchsetzen. Somit konnte sich Markus Wittek für seine Finalniederlage im Vorjahr gegen Katrin Möller revanchieren.

Im Anschluss an die Spiele fand eine kleine Siegerehrung statt, bei der die vom BDK und der GdP gesponserten Preise übergeben wurden. Es war wieder eine gelungene Veranstaltung, die sportlich auf hohem Niveau war.

Das Gesellschaftliche kam auch nicht zu kurz, in einer gemütlichen Runde nach Turnierende konnten die Spiele noch einmal analysiert werden.

GdP Hersfeld-Rotenburg auf Jungfernfahrt

Zu ihrer Dreitagesfahrt in der Zeit vom 04. bis 06. Mai 2012 durfte die KG Hersfeld-Rotenburg in dem nagelneuen Bus der Firma Peter Becker aus Weiterode einsteigen und die Jungfernfahrt durchführen.

Peter Becker sagte zu Beginn der Fahrt, er habe den Bus extra für die Kreisgruppe geordert. Ziel war in diesem Jahr der Großraum Kehl – Straßburg.

Am Freitag den 04.05.2012 ging's, wie immer pünktlich, um 07.30 Uhr ab Bad Hersfeld los in Richtung Süden. Nach dem allseits bekannten GdP-Frühstück traf die Gruppe um ihren Vorsitzenden Adelbert Steinberg gegen 13.30 Uhr in Kehl ein.

Hier wurden wir von den beiden Leitern des Gemeinsamen Deutsch-Französischen Zentrums (GZ), POR Alexander Ulmer und der französischen Kollegin POR' in Douanes Ferrard herzlichst begrüßt. Die beiden stellten in sehr lebendiger Weise die Arbeit des GZ



Die Teilnehmer der Fahrt in den Südwesten.

vor. In praktischen Fallbeispielen wurde die Gruppe von der hervorragenden Arbeit des GZ unterrichtet. Die vielen Möglichkeiten der deutsch-französischen Zusammenarbeit waren nicht allen Mitgliedern bekannt.

Nach einer Kaffeepause gab EPHK Schulze einen ausgiebigen Überblick über die Zusammenar-

beit der Deutsch-Französischen Wasserschutzpolizei. Sie wurde von der Basis für die Basis unter der Leitung von EPHK Schulze seit 1990 stetig verbessert und ausgebaut. Dies gipfelte schließlich in einem Staatsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich. Heute können die Kolleginnen und Kollegen beider Seiten sämtliche Fahrzeuge und Einrichtungen gemeinsam nutzen.

Ein kleines Stück Europa, das von der Basis initiiert wurde.

Adelbert Steinberg bedankte sich bei den Vortragenden mit einer Kostprobe aus der heimischen Schlachtung.

Am Samstag, den 05. Mai ging es dann in das Elsass. Die Stadt Straßburg wurde nicht zu Fuß, sondern per Schiff erkundet. In einer Rundfahrt auf der Ill konnte die Stadt einschließlich der Einrichtungen des Europäischen Parlaments betrachtet werden.

Nach Lust und Laune wurde anschließend die Stadt zu Fuß erobert.

Am Sonntag, den 06. Mai stand der Besuch der Spielbank Baden-Baden auf dem Programm. In eindrucksvoller Weise konnte die Gruppe, außerhalb der Spielzeit, die historischen Räume und Spieltische bewundern. Die Leiterin des Besucherdienstes berichtete u.a. davon, dass schon seit 1850 in diesen Räumen das Glück gesucht wur-



Die Einsatzzentrale des Gemeinsamen Deutsch-Französischen Zentrums (GZ).



Die Kollegen Schulze (Bildmitte) und Ullmer (rechts) erläuterten die Aufgaben des GZ.

de. Zur damaligen Zeit sollen in der Stadt ca. 6000 Einwohner gelebt haben, die aber 5000 russische Gäste pro Jahr bewirten haben.

Auf der anschließenden Heimfahrt wurde ein Abschlusspicknick eingenommen. Die Gruppe traf wohlbehalten gegen 20.00 Uhr wieder in Bad Hersfeld ein.

Abschließend sei allen Organisatoren und Vortragenden ein herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit ausgesprochen.

Adelbert Steinberg,
KG Hersfeld-Rotenburg



Stadtrundfahrt mit dem Schiff in Straßburg.

GdP zur Innenministerkonferenz

Vereine für Sicherheit in Fußball-Stadien in die Pflicht nehmen

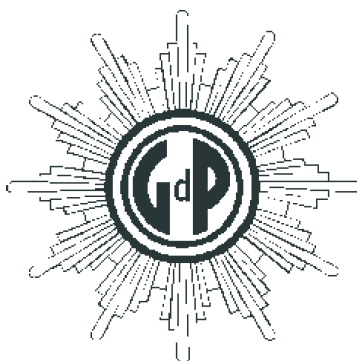
Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt, dass die Innenminister und -senatoren der Länder dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) und der Deutschen Fußball Liga (DFL) massiv die Daumenschrauben ansetzen, um die Gewaltspirale im Fußballgesehen zu durchbrechen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Frank Richter: „Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler immer mehr Geld für immer mehr Polizeieinsätze bei Fußballkrawallen bezahlen muss und die Vereine von den deutlich über 600 Millionen Euro zusätzlichen Einnahmen aus TV-Fußballübertragungsrechten nur eine mickrige Summe für Präventionsarbeit zahlen. Wir unterstützen ausdrücklich die Warnung der Innenminister an die Vereine, die Polizei nicht als Lückenbüßer dafür zu missbrauchen, dass sich die Clubs ihrer Verpflichtung entziehen, selber für die Sicherheit in den Stadien zu sorgen. Wenn die Polizei dann diese Sicherheit garantieren

muss, werden die Vereine zahlen müssen.“

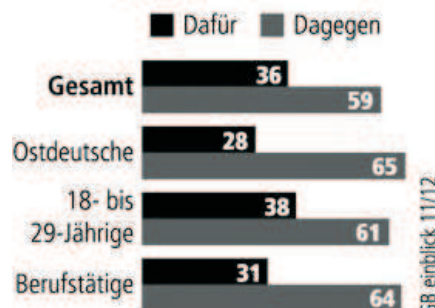
Darin, so der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende, sieht die Gewerkschaft der Polizei auch ein Ende der Diskussion um die Beteiligung der Fußballvereine an den Kosten für Polizeieinsätze. Richter: „Es ist unstrittig, dass Polizeieinsätze im öffentlichen Raum Sache des Staates sind. Polizeieinsätze dort aber, wo private Verantwortung nicht erfüllt wird, müssen bezahlt werden.“ Weiterhin fordert Richter, dass auch die Vereine der unteren Klassen verpflichtet werden, eigene Fanprojekte zu finanzieren.

GdP



Mehrheit dagegen

Haltung zur Einführung des Betreuungsgeldes in der wahlberechtigten Bevölkerung und ausgewählten Bevölkerungsgruppen (in Prozent)



Quelle: AWO-Sozialbarometer Juni 2012

© DGB einblick 11/12

Das Betreuungsgeld wird nicht nur von den Gewerkschaften strikt abgelehnt. Ein „rückwärtsgewandtes Signal“ ist für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, wenn ab 2013 Eltern Geld erhalten, wenn sie ihre Kinder nicht in einer öffentlichen Kindertagesstätte betreuen lassen. Seine Stellvertreterin Ingrid Sehrbrock fordert, das Geld lieber „für eine Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur“ auszugeben.

Nach dem aktuellen „Sozialbarometer“ der Arbeiterwohlfahrt (AWO) lehnen 61 Prozent der unter 30-Jährigen den Plan der Bundesregierung ab. Dennoch wird die schwarz-gelbe Koalitionsregierung die Milliarden-Ausgabe wohl beschließen. Schließlich stehe es so im Koalitionsvertrag.

(DGB-einblick 11/2012)

Herbstausflug nach Bamberg

Die Bezirksgruppe Südosthessen lädt zum Herbstausflug nach Bamberg am Samstag 08. September 2012 ein.

Busabfahrt:

- I 07:20 Uhr Hanau - Freiheitsplatz (1. Bus);
- I 07:20 Uhr Gelnhausen-Hallenbad (2. Bus);
- I 07:40 Schlüchtern - Polizeistation (2. Bus)

Programm:

- q Rustikales Frühstück mit Rhöner Spezialitäten.
- q Führung durch die Altstadt mit „Klein Venedig“ anschließend freier Aufenthalt.
- q 80-minütige Schifffahrt auf der Regnitz.
- q Besuch eines fränkischen Bauernmuseums.
- q Gemütlicher Abschluss.

Kostenbeitrag:

Mitglieder und Partner der Bezirksgruppe SOH je 15 Euro; Nicht-

mitglieder je 25 Euro; Kinder unter 14 Jahre sind frei.

Anmeldung durch Einzahlung bis 10. August 2012 auf das Konto der GdP Main-Kinzig:

Kto.: 0000066100,
BLZ: 50650023,
Sparkasse Hanau.

Zustiegsstelle:

SLÜ;GN;HU und Anzahl der Kinder auf dem Überweisungsträger angeben) Bei eigener Absage ist eine Erstattung nicht vorgesehen.

Rückfragen bei:

Markus Hüschentbett (06051-827131) oder Norbert Tumbrägel (06051 13505)



Historisches Brückengebäude in Bamberg.

ANNE IHNOW UND MARKUS HÜSCHENBETT TRAUEN SICH!



Am Samstag, den 21.04.2012 gaben sich die GdP-Stützen der BZG SOH, Anne Ihnow und Markus Hüschentbett im beschaulichen Turmzimmer der historischen Burg in Alzenau/Ufr. das JA-Wort.

Beide werden im Juli dieses Jahres mit der Niederkunft eines weiteren GdP-Mitgliedes beschenkt. Im Kreise der Familien, Verwandten, Freunde, dem Dienststellenleiter der PSt Seligenstadt, dem PR Vorsitzenden und einigen Kolleginnen/Kolle-

gen wurde die standesamtliche Trauung feierlich umrandet.

Rudi Ott (Bild rechts) und Thorsten (Toaster) Pfeiffer (Bild links) übergaben die Präsente der BZG SOH.

Die BZG-SOH wünscht dem frisch getrauten Paar für die Zukunft, Gesundheit, Glück und ruhige Nächte im Kreise der jungen GdP-Familie.

BZG SOH (TP)

MOTORRAD DONNECKER GBR

BAD SODENER STR. 44 A
63628 BAD SODEN SALMÜNSTER
TEL. 06056/5363 - FAX 06056/919127



Tag der offenen Tür bei der PD Vogelsberg

Am Samstag, 12.5.2012 öffnete die Polizeidirektion Vogelsberg ihre Pforten, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern das neue Dienstgebäude der Polizeistation Lauterbach und der Polizeidirektion zu zeigen. Knapp 4000 Besucher erfreuten sich an dem bunten, abwechslungsreichen Programm, welches die Polizei in vielen Facetten zeigte.

Um 11.00 Uhr eröffnete Polizeipräsident Alfons Hoff offiziell den Tag der offenen Tür der Polizeidirektion Vogelsberg.

„Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hervorragende Arbeit. Dies verdient Anerkennung und Dank“, so der Behördenleiter. Der Dank ging aber auch in Richtung der politisch Verantwortlichen, die es ermöglicht haben, dass das Gebäude in Lauterbach so gebaut und



ERÖFFNUNG: Die Ehrengäste lauschen den Worten von Innenstaatssekretär Werner Koch.

und das Regierungspräsidium Gießen gestellt, doch es sollte noch bis 2007 dauern, bis schließlich die Baugenehmigung erteilt wurde. In vielen Stunden beschäftigte sich nicht nur die Dienststellenleitung, sondern auch der damalige Personalrat und der Führung von Rudi Dippel, sowie die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit der Planung und Gestaltung der neuen Dienststelle.

Während der Bauphase wurde

Im Anschluss begrüßte der Hausherr, Kriminaldirektor Andreas Böhm, die Gäste. „Heute lassen wir uns einmal bewusst in die Karten schauen. Genießen Sie den Tag bei Ihrer Polizei“, so der Direktionsleiter. Andreas Böhm ist seit Dezember 2011 neuer Leiter der Polizeidirektion Vogelsberg.

Dass es sie interessiert, zeigten schließlich 4000 Bürgerinnen und Bürger, von ganz kleine angefangen und von jung bis alt. Über den gesamten Tag hinweg besuchten sie die zahlreichen Stationen, welche die Polizeiarbeit darstellten. Es waren nicht nur die Standard-Streifenfahrzeuge ausgestellt, sondern viele Sonderwagen, vom Spezialfahrzeug (Obelix) des Verkehrsdienstes angefangen bis hin zum Wasserwerfer WaWe 9000.

In den Gebäuden stand nicht nur der Einstellungsberater den Fragen von Interessierten Rede und Antwort, sondern Kriminalbeamte informierten über die Gefahren im Internet bis hin zum Einbruchschutz.

Natürlich ließ es sich die GdP-Kreisgruppe Vogelsberg nicht nehmen, den Tag der offenen Tür mit einem Infostand auf dem Hof der Liegenschaft zu unterstützen. Zahlreiche Informationsbroschüren, Malbücher für Kinder und jede Menge Informationen wurden an interessierte Bürger ausgegeben.

Besonders gefragt waren auch Kleinartikel aus dem Sortiment der OSG. An die Mitglieder der Kreisgruppe wurde als „Schmankerl“ bei ihrem Besuch am Info Stand ein Gutschein für ein Getränk oder eine Bratwurst ausgegeben. Besonderen



GdP-STAND: Kreisgruppenvorsitzender Wolfgang Denke-Otterbein (links) betreute mit Holger Hofmann, Anette Hill, Hans Heinrich Hartung und vielen anderen Mitgliedern den GdP-Stand.

umgebaut werden konnte, wie es sich heute präsentiert.

Die Liegenschaft in Lauterbach beherbergt nicht nur die Polizeidirektion und die Polizeistation, sondern auch den regionalen Verkehrsdienst und die Jugendverkehrsschule des Vogelsbergkreises.

Bereits 1986 wurde eine Anfrage an den Landrat des Vogelsbergkrei-

das Projekt seitens der Dienststelle von Roland Gromes und von Adelbert Steinberg für den Personalrat intensiv betreut.

Als Vertreter der Landesregierung war Innenstaatssekretär Werner Koch gern nach Lauterbach gekommen, und richtete die Grüße der Landesregierung nach Osthessen aus.

Kreisgruppe Vogelsberg



Roger Krah (links) und Udo Klar (rechts) sind zwei Aktivposten in der Kreisgruppe.

Dank an Anette Hill, Holger Hofmann, Udo Klar, Roger Krah und Hans Heinrich Hartung, die bei Auf- und Abbau halfen, sowie tagsüber den Stand betreuten. Besonderen Dank auch an Alexandra Stehr-Kröll, die neben ihrem „Ehrenamt“ in der Cafeteria auch zwischendurch noch die Kollegen im Infostand unterstützte.

“Die wichtigste Aufgabe der Polizei ist es dann etwas zu tun, wenn noch nichts passiert ist“, heißt es landläufig. Fachlich heißt das Prävention zu betreiben! Hier waren an diesem Tag Organisationen vom Netzwerk gegen Gewalt, dem Weißen Ring, der Verkehrswacht und dem Bund gegen Drogen und Alkohol im Straßenverkehr vertreten.

Spannend war natürlich auch einmal der Blick auf den laufenden Betrieb der Wache der Polizeistation und die „Kühle“ im Keller, sprich der Eindruck in den Gewahrsamszellen. Kinder konnten sich schminken lassen, bei zahlreichen Spielen ihr Geschick unter Beweis stellen oder sich in der Hüpfburg austoben.



Gruppenbild v.r.: Staatssekretär Werner Koch, Polizeipräsident Alfons G. Hoff, KD Andreas Böhm, MdL Manfred Görig, MdL Kurt Wiegel, Pensionär Peter Richtberg von der GdP und Verkehrswacht und EPHK Peter Muth (ganz links).



DIENSTHUNDEVORFÜHRUNG. Zuschauermagnet jeder Polizeiveranstaltung.

Die beiden Vorführungen der Diensthundestaffel der PD Vogelsberg auf der „Bleiche“ wurden sehr

gut besucht und von interessiertem Publikum verfolgt.

Alles in allem waren die Veranstalter sehr zufrieden mit ihrem Tag der offenen Tür.

“Die Anstrengung hat sich gelohnt, denn die zahlreichen Gespräche mit den Gästen zeigte die überaus tolle und positive Resonanz“, so Kriminaldirektor Andreas Böhm im Resümee des Tags der offenen Tür der Polizeidirektion Vogelsberg und der Polizeistation Lauterbach.



ERINNERUNGSFOTO: Die letzte Sitzung des „alten“ Personalrats beim Osthessen v.l.: Wolfgang Denke-Otterbein, Ewald Gerk, Bernhard Kriz, Alexandra Stehr-Kröll, Heiko Kraus, Adelbert Steinberg, Thomas Scheunert, Thormas Formella, Ruth Steinberg, Jan Schneider, Manfred Schäfer, Perter Schmidt, Karsten bech und Conny, Jehnert.

GdP-Infoveranstaltung „Burnout“ beim PP Osthessen

Jeder, der glaubte, bei der GdP-Infoveranstaltung über Burnout handelte es sich um einen medizinischen Fachvortrag, wurde im Laufe des fast vierstündigen Vortrags unseres Kollegen und ausgebildeten Burnout-Lotsen Volker Kleinert eines Besseren belehrt. Burnout im Vorfeld erst gar nicht entstehen zu lassen, also präventiv tätig zu werden, ist um ein Vielfaches wichtiger.

Burnout ist gleichwohl in unserer heutigen Gesellschaft ein ernst zu nehmendes Problem. Die damit einhergehenden psychischen Störungen verursachen in der Bundesrepublik jährlich etwa 53,3 Mio. Fehltag. Das entspricht 1.800 Mal die Länge eines Menschenlebens mit einem Durchschnittsalter von 80 Jahren.

Die Ursache Nr. 1 für Burnout ist Stress. Stress löst in unserem Körper hormonelle Prozesse aus, denen wir heute anders als früher begegnen. In der genetischen Programmierung wurde Stress durch Gefahr ausgelöst, der wir meistens durch Wegrennen oder den Kampf aufnehmen versuchten zu entkommen. Das ist in der heutigen modernen Arbeitswelt und Lebenswirklichkeit



Volker Kleinert ist ausgebildeter Burnout-Lotse und aktiver Polizeibeamter im Schichtdienst bei der PSt Gießen.

nicht mehr in dieser Form möglich. Nach einer Stressphase ist für die Regeneration die Erholungsphase von besonderer Bedeutung. Fällt die Erholung regelmäßig aus, also bei Dauerstress, kommt es unweigerlich zu physischen und/oder psychischen Erkrankungen. Gleichwohl

können wir für uns heute daraus die Lehre ziehen, dass Bewegung ein geeignetes Mittel zum Stressabbau ist. Darüber hinaus ist auch das Erlernen von Entspannungstechniken sehr wichtig.

Aber wie erkenne ich erste Anzeichen, ist die Frage, die sich viele der Zuhörer stellen. Da es aber etwa 120-130 Symptome gibt, die daraufhin deuten können,



Aufmerksame Zuhörer.

ist eine allgemeingültige Aussage für Erstdiagnose nicht einfach zu beantworten. Nachlassen meiner körperlichen Leistungsfähigkeit oder schnellere Erschöpfung können erste Anzeichen sein, die es gilt ernst zu nehmen.

Um grundsätzlich den Belastungen der heutigen schnelllebigen Zeit zu begegnen, ist eine ausgewogene und gesunde Lebensweise ein erster und zugleich wichtiger Baustein. Daneben sind ausreichend Bewegung, gesunder und erholsamer Schlaf und gute (stabile) soziale Beziehungen wichtig, um das eigene Leben im „Lot“ zu halten.

Wer aber erste Anzeichen von Ausgebranntsein, emotionaler Erschöpfung mit reduzierter Leistungsfähigkeit an sich oder seinem Partner feststellt, sollte fachkundige kompetente Hilfe in Anspruch nehmen.

Volker Kleinert gab in seinem Vortrag viele Hinweise, Anregungen und Tipps, die zu einem gesunden Leben beitragen können und für die Belastungen des Alltags fit machen.



Ewald Gerke (links) dankte Volker Kleinert (rechts) für den informativen und kurzweiligen Vortrag und überreichte ein kleines Gastgeschenk.

Ewald Gerke
Fulda

Günter Schneider in den Ruhestand verabschiedet

Mit den Worten: „Heute verabschieden wir einen Polizisten, der seinem Beruf fast 43 Jahre lang mit Leib und Seele verbunden war“, überreichte osthessens Polizeipräsident Alfons Hoff dem Ersten Polizeihauptkommissar Günter Schneider die Urkunde zur Versetzung in den Ruhestand.

Doch zuvor skizzierte der PP Hoff den dienstlichen Werdegang des Leiters der Führungsgruppe der Polizeidirektion Fulda. Nach dem Besuch eines Gymnasiums in Fulda, trat der damals 17-jährige Eichenzeller im Oktober 1969 in die Hessische Polizei ein und verwirklichte damit den Traum seines Wunschberufes. Nach der Ausbildung in der Bereitschaftspolizei in Mühlheim erfolgte seine weitere Verwendung auf Dienststellen in Frankfurt. In dieser Zeit absolvierte er auch die zweite Fachprüfung und wurde zum Kommissar befördert. Es sollte bis zum November 1982 dauern, bis ihm die heimatnahe Versetzung zur Polizeiautobahnstation Petersberg gelang. Dort war er als Dienstgruppenleiter der 2. DG (auch genannt:



Bild oben: Polizeipräsident Alfons Hoff überreicht Günter Schneider (rechts) die Pensionierungsurkunde.

Schneider bis zu seiner Pensionierung Leiter der Führungsgruppe.

Polizeidirektor Lothar Wiese, der die Begrüßung und Vorstellung der Gäste übernommen hat, bedankte sich ebenfalls bei Günter Schneider für die geleistete Tätigkeit. Die Kolleginnen und Kollegen hatten alle Fäden der polizeilichen Recherchen gezogen und zeigten in einer pointenreichen Präsentation Höhepunkte aus dem privaten und beruflichen



Thomas Scheunert gratuliert im Namen der GdP-Kreisgruppe und überreicht dem Neupensionär ein Präsent.

Ganz besonders freute sich Günter Schneider, dass seine ehemalige Dienstgruppe der PAST Petersberg, die Zwett, erschienen ist. Besonders ist zu erwähnen, dass es in den 15 gemeinsamen Jahren fast zehn Jahre keine Personalveränderung gab.

In seinem Grußwort überbrachte Personalratsvorsitzender Thomas Scheunert den Dank und die Anerkennung für die Mitarbeiter des Präsidiums und betonte auch das Engagement von Günter Schneider im Vorstand der GdP-Kreisgruppe Fulda.

Zum Schluss dankte der zukünftige Pensionär dem Polizeipräsidenten und seinen Gästen für die netten Worte und Geschenke. Der Polizeidienst habe ihm immer viel Freude bereitet und ihn mit Zufriedenheit erfüllt. Seinen nächsten Lebensabschnitt wird er positiv angehen und sich mehr um seine Familie und Hobbys kümmern.

GdP OH



DIE ZWETT v.l.: Peter Heil, Klaus Schauer, Bernd Maase, Werner Lessmann und Winfried Möller.

die Zwett) im Schichtdienst eingesetzt, bevor er 1997 die Verantwortung für den Verkehrsdienst der Polizeidirektion Fulda übernahm. Im Jahr 2000 wechselte er als stellvertretender Dienststellenleiter zur Polizeistation Fulda, bevor er 2003 zur Polizeidirektion Fulda umgesetzt wurde. Dort war Günter

Leben von Günter Schneider. Besonders zu erwähnen ist, dass seine Mitarbeiter für ihn auch unter die Schriftsteller gegangen sind. In einem spannenden Kriminalroman wurden seine Kolleginnen und Kollegen, Führungskräfte und die selbstverständlich auch seine Familie verewigt.

Bundesverdienstkreuz für Rudolf DIPPEL

In einer kleinen Feierstunde im Lauterbacher Kreishaus überreichte Landrat Rudolf Marx am 24. Mai 2012 das Bundesverdienstkreuz am Bande an den Grebenauer Bürger Rudolf Dippel, dem der Bundespräsident die hohe Auszeichnung verliehen hat.

Der Landrat würdigte den jahrzehntelangen Einsatz für die Interessen der Allgemeinheit. Bürgermeister und Kreistagsvorsitzender Jürgen Ackermann, Erster Kreisbeigeordneter Manfred Görig und der Vogelsberger GdP-Vorsitzende Wolfgang Denke-Otterbein, gratulierten herzlich.

Rudolf Dippel besuchte von 1945 bis 1949 die Volksschule in Schwarz. Nach bestandener mittlerer Reife absolvierte er von 1958 bis 1961 die Polizeischule in Mühlheim und Wiesbaden. Im Anschluss war er bis 1963 in der Landespolizeistation Groß-Gerau eingesetzt. 1964 erfolgte auf eigenen Wunsch die Versetzung zum Polizeikommissariat Lauterbach. 1999 wurde Rudi Dippel nach 41 Dienstjahren in den Ruhestand versetzt.

Im Bereich der Kommunalpolitik engagierte sich Rudi Dippel in mehreren Gremien. Von 1989 bis 2001 war er Ortsvorsteher im Grebenauer Stadtteil Schwarz. Daneben war er von 1989 bis 2001 auch Stadtverordneter der Stadt Grebenau und bekleidete phasenweise die Position des Stadtverordnetenvorstehers. Von 2001 bis 2006 war er wieder Stadtrat im Magistrat der Stadt Grebenau und anschließend wieder Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender der FWG.

Dem Kreistag gehörte Herr Dippel von 2004 bis 2006 an. Landrat Marx betonte in seiner Würdigung, dass es Rudolf Dippel geschafft habe, den Protest einer Bürgerbewegung in den achtziger Jahren von der Straße in das Parlament zu tragen. In diesem Zusammenhang war er Mitbegründer einer unabhängigen Bürgerliste aus der später die



ERINNERUNGSFOTO: Rudi Dippel mit seiner Ehefrau Erna im Anschluss an die Verleihung.

Freien Wähler im Gründchen (Grebenau) hervorgingen.

Bis heute setzt er sich aktiv und engagiert für die Belange und das Wohl der Menschen in seiner Heimat ein. Landrat Marx: „Fast seine ganze Freizeit hat er in sein ehrenamtliches kommunalpolitisches Engagement investiert.“

Im Rahmen seiner Tätigkeit als Polizeibeamter war Rudolf Dippel von 1964 bis 1999 zunächst Mitglied im örtlichen Personalrat der Lauterbacher Polizei und von 1988 bis 1998 Vorsitzender des Gesamtpersonalrats des Vogelsbergkreises. Darüber hinaus gehörte er 13 Jahre lang (1985 bis 1998) dem Bezirkspersonalrat beim RP Gießen an.

Während seiner langjährigen Tätigkeiten im Bereich der Personalvertretungen hat er sich kontinuierlich und ohne Eigennutz für die Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Als Mitglied der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Vogelsberg, für die er auch im Rahmen seiner Personalratsarbeit tätig war, hat er sich zudem besondere Verdienste erworben. Er war stellvertretender Vorsitzender und später Vorsitzen-

der der Kreisgruppe Vogelsberg. Insgesamt kann Rudolf Dippel auf eine über 50-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zurückblicken.

Aufgrund seiner vielfältigen ehrenamtlichen Tätigkeiten wurde dem Träger des Verdienstkreuzes im Jahr 1987 bereits der Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen. „Rudolf Dippel hat sich kontinuierlich an den verschiedensten Stellen für das Gemeinwohl eingesetzt und vielfältige ehrenamtliche Tätigkeiten ausgeübt. Hierdurch hat er sich besondere Verdienste um die Allgemeinheit erworben.“

Die Auszeichnung mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland ist eine angemessene Würdigung seiner Leistungen“, sagte Landrat Marx abschließend.

gdp/VB